

## § 6 AsylbLG Sonstige Leistungen

(Fassung vom 14.03.2005, gültig ab 18.03.2005)

(1) <sup>1</sup>Sonstige Leistungen können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. <sup>2</sup>Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.

(2) Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes besitzen und die besondere Bedürfnisse haben, wie beispielsweise unbegleitete Minderjährige oder Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, wird die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe gewährt.

*Dokument wurde zuletzt aktualisiert am: 15.06.2016*

### Gliederung

A. Basisinformationen	Rn. 1
I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien	Rn. 1
II. Vorgängervorschriften	Rn. 5
III. Parallelvorschriften	Rn. 6
IV. Verwaltungsvorschriften	Rn. 9
V. Systematische Zusammenhänge	Rn. 10
VI. Ausgewählte Literaturhinweise	Rn. 14
B. Auslegung der Norm	Rn. 15
I. Bedeutung, Regelungsgehalt und Systematik der Norm	Rn. 15
II. Normzweck	Rn. 21
III. Sekundäres EU-Recht und richtlinienkonforme Auslegung	Rn. 23
1. Asylbewerber mit besonderen Bedürfnissen i.S.d. Art. 17 EGRL 2003/9 bzw. Art. 21 ff. EURL 2013/33	Rn. 27
2. Personen mit besonderen Bedürfnissen i.S.d. Art. 7, 9 Abs. 2 EGRL 2004/81	Rn. 33
IV. Sonstige Leistungen (Absatz 1 Satz 1)	Rn. 36
1. Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe	Rn. 36
2. Ausgestaltung der Norm als Ermessensvorschrift	Rn. 42
3. Zur Sicherung des Lebensunterhalts unerlässlich (Alt. 1)	Rn. 45
a. Tatbestand	Rn. 45
b. Einzelne Leistungsfälle	Rn. 48
4. Zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich (Alt. 2)	Rn. 59
a. Tatbestand	Rn. 59
b. Einzelne Leistungsfälle (insb. Behandlung chronischer Erkrankungen)	Rn. 62
5. Zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten (Alt. 3)	Rn. 77
a. Abgrenzung von Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII	Rn. 79
b. Tatbestand	Rn. 81

c. Einzelne Leistungsfälle	Rn. 84
6. Zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich (Alt. 4)	Rn. 89
a. Tatbestand	Rn. 90
b. Einzelne Leistungsfälle (verwaltungsrechtliche Mitwirkungspflichten)	Rn. 94
c. Ermessensentscheidung der Leistungsbehörde	Rn. 97
7. Leistungen bei sonstigen atypischen Bedarfslagen (Satz 1)	Rn. 102
V. Privilegierte Versorgung (Absatz 2)	Rn. 105
1. Tatbestand	Rn. 106
2. Ermessensentscheidung der Leistungsbehörde	Rn. 111
VI. Rechtstatsachen	Rn. 113
C. Praxishinweise	Rn. 114
D. Reformbestrebungen	Rn. 116

## A. Basisinformationen

### I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien

- 1 Mit Einführung des § 6 AsylbLG zum **01.11.1993**<sup>1</sup> war neben den Leistungen nach den §§ 3, 4 AsylbLG nur ausnahmsweise eine Gewährung von sonstigen Leistungen vorgesehen. Die Norm sollte nach dem **Erstentwurf als § 5 AsylbLG** in Kraft treten.<sup>2</sup>
- 2 Zum **01.06.1997** gestaltete der Gesetzgeber § 6 AsylbLG mit dem Ersten Änderungsgesetz zum AsylbLG vom 26.05.1997<sup>3</sup> als **uneingeschränkte Ermessensvorschrift** aus, indem er die Worte „dürfen nur“ durch „können insbesondere“ ersetzte. Die bisherige Verwaltungspraxis konnte nach den bisherigen gesetzlichen Vorgaben besonderen Bedarfen im Einzelfall nicht gerecht werden.<sup>4</sup> Seither können nach den Vorgaben des § 6 AsylbLG im Ermessenswege sonstige Leistungen gewährt werden (**Auffang- bzw. Öffnungsklausel**).<sup>5</sup>
- 3 Zum **18.03.2005** wurde durch Art. 6 Nr. 6b des Gesetzes zur Änderung des AufenthG und weiterer Gesetze vom 14.03.2005<sup>6</sup> Absatz 2 der Vorschrift eingeführt. Hintergrund war die **Umsetzung von Art. 13 Abs. 4 EGRL 2001/55** (sog. Massenzustromrichtlinie),<sup>7</sup> nach dem eine Mindestversorgung von Personen mit besonderen Bedürfnissen vorgesehen ist. Die Norm war im Erstentwurf zur Gesetzesänderung<sup>8</sup> noch nicht enthalten und wurde während des Gesetzgebungsverfahrens als gebundene Entscheidung („wird“) vorgeschlagen.<sup>9</sup> Auf Kritik des Bundesrates, der eine Leis-

<sup>1</sup> BGBl I 1993, 1074, 1075.

<sup>2</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 3, 10.

<sup>3</sup> BGBl I 1997, 1130.

<sup>4</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16.

<sup>5</sup> Vgl. *Deibel*, ZAR 1998, 28, 32.

<sup>6</sup> BGBl I 2005, 721, 726 f.

<sup>7</sup> ABl. EU Nr. L 212 S. 12.

<sup>8</sup> Vgl. BT-Drs. 15/3784, S. 11 = BR-Drs. 662/04, S. 37 f. (zu Art. 6 des Entwurfs).

<sup>9</sup> Vgl. BT-Drs. 15/4173, S. 16, 28.

tungsausweitung befürchtete und die bisherige Regelung des Absatzes 1 als ausreichend erachtete,<sup>10</sup> ist Absatz 2 nach zweimaliger Anrufung des Vermittlungsausschusses<sup>11</sup> zunächst als eingeschränkte Ermessensvorschrift Gesetz geworden (Soll-Vorschrift).<sup>12</sup>

- 4 Mit Berichtigung des Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze vom 30.09.2010<sup>13</sup>** wurde § 6 Abs. 2 AsylbLG ohne Einschaltung des Parlaments rückwirkend geändert (gebundene Entscheidung i.S.e. Pflichtleistung), weil – nach Auskunft des Bundesinnenministeriums – die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 16.02.2005<sup>14</sup> keine Änderung des Art. 6 Nr. 6b laut Gesetzentwurf enthalte und § 6 Abs. 2 AsylbLG insoweit „versehentlich“ als Soll-Vorschrift verkündet worden sei. Dieses angesichts der politischen Diskussionen und des Widerstands des Bundesrats erstaunliche Prozedere hat – bezogen auf den unmittelbaren Anwendungsbereich der Norm – keine praktische Relevanz. Eine Aufnahme von Flüchtlingen aufgrund der Massenzustromrichtlinie (EGRL 2001/55) hat – soweit bekannt – bislang nicht stattgefunden (Stand: April 2014) und ist in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten.<sup>15</sup>

## II. Vorgängervorschriften

- 5 § 6 AsylbLG** ist im Kontext der eingeschränkten Leistungsgewährung nach den §§ 3, 4 AsylbLG für Ausländer mit ungesichertem Aufenthaltsrecht (Asylkompromiss 1992) als leistungsrechtliche **Öffnungsklausel** entstanden.<sup>16</sup> Bis zum Inkrafttreten des AsylbLG zum 01.11.1993 existierte eine vergleichbare, auf die (abgesenkte) Grundversorgung nach den §§ 3, 4 AsylbLG zugeschnittene Vorgängervorschrift nicht.

## III. Parallelvorschriften

- 6 Für Ausländer in Deutschland, die weder nach dem AsylbLG noch nach dem SGB II leistungsberechtigt sind, sieht § 23 Abs. 1 Satz 1 SGB XII** eine eingeschränkte Sozialhilfegewährung vor, die u.a. die Leistung von Hilfe bei Krankheit (§ 48 SGB XII) und Hilfe zur Pflege (§§ 61-66 SGB XII) mit einschließt. Eine abweichende Bedarfsdeckung ist gem. § 23 Abs. 1 Satz 3 SGB XII vorgesehen, nach dem im Übrigen Leistungen des 5. bis 9. Kapitels des SGB XII gewährt werden können, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.<sup>17</sup> Diese Norm ist auf Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG nicht anwendbar, § 23 Abs. 2 SGB XII.<sup>18</sup>
- 7 Im Sozialhilferecht ermöglicht § 27a Abs. 4 Satz 1 SGB XII** eine Erhöhung des Regelsatzes, wenn in atypischen Fällen ein erhöhter, vom Durchschnitt abweichender Bedarf (atypische Bedarfslage) besteht, aber auch eine Absenkung, wenn im Einzelfall ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist.<sup>19</sup> Die Anerkennung von Mehrbedarfen und einmaligen Bedarfen sehen die **§§ 30, 31**

<sup>10</sup> BT-Drs. 15/4378, S. 4 f.

<sup>11</sup> Vgl. BT-Drs. 15/4378, S. 4 f.; BR-Drs. 987/04; BT-Drs. 15/4755; BT-Drs. 15/4870.

<sup>12</sup> Vgl. zum Gesetzgebungsverfahren *Decker* in: Oestreicher, SGB XII/SGB II, § 6 AsylbLG Rn. 3-6.

<sup>13</sup> BGBl I 2010, 1358.

<sup>14</sup> BT-Drs. 15/4870, S. 4.

<sup>15</sup> Zur Anwendung der Massenzustromrichtlinie bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien vgl. etwa die Antwort der Bundesregierung vom 18.11.2013, BT-Drs. 18/61, S. 4.

<sup>16</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 10.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 23 Rn. 11.

<sup>18</sup> Zur entsprechenden Anwendung nach § 2 Abs. 1 AsylbLG vgl. LSG Schleswig-Holstein v. 16.12.2008 - L 9 B 415/08 AY ER, L 9 B 147/08 AY PKH - juris Rn. 6 f. - FEVS 60, 467 f. (Eingliederungshilfe).

<sup>19</sup> BSG v. 11.12.2007 - B 8/9b SO 21/06 R - SozR 4-3500 § 28 Nr. 3 (kostenfreies Mittagessen).

**Abs. 1 SGB XII** vor. Bei atypischen Bedarfslagen ermöglicht **§ 37 SGB XII** eine Darlehensgewährung, wenn im Einzelfall ein von den Regelsätzen umfasster und nach den Umständen unabweisbar gebotener Bedarf besteht. Gem. **§ 73 SGB XII** können Leistungen auch in sonstigen – ebenfalls atypischen – Lebenslagen erbracht werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen und nicht bereits durch andere Vorschriften des 3. bis 9. Kapitels des SGB XII erfasst sind.<sup>20</sup>

- 8 Im Leistungsrecht nach dem SGB II dienen **§ 21 SGB II** (Mehrbedarfe) und **§ 24 SGB II** (abweichende Erbringung von Leistungen) als Öffnungsklauseln.

## IV. Verwaltungsvorschriften

- 9 Zur Durchführung des AsylbLG gelten **ministerielle Erlasse und Durchführungshinweise der Länder**, in denen typische Anwendungsfälle für sonstige Leistungen nach den Alternativen des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG kasuistisch zusammengefasst sind.<sup>21</sup>

## V. Systematische Zusammenhänge

- 10 § 6 AsylbLG stellt mit Blick auf die pauschalierten und die bis zur Entscheidung des BVerfG vom 18.07.2012 (Übergangsregelung)<sup>22</sup> abgesenkten Leistungen der §§ 3, 4 AsylbLG eine **Auffang- und Öffnungsklausel** dar, um im Einzelfall dem Anspruch des Leistungsberechtigten aus Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums gerecht zu werden.<sup>23</sup>
- 11 Systematisch verfolgt das AsylbLG ebenso wie die Leistungsgesetze des SGB II und SGB XII eine **Bedarfsdeckung unter weitgehendem Verzicht von einmaligen Beihilfen** und der Aufgabe des sozialhilferechtlichen Individualisierungsgrundsatzes. Aus diesem Grund ist es 1993 von dem BSHG als eigenständiges Leistungssystem ohne Heranziehung eines Referenzmodells zur Ermittlung eines realitätsgerechten Durchschnittsbedarfs (Warenkorb- oder Statistikmodell) abgekoppelt worden.<sup>24</sup>
- 12 Die weiteren **Entwicklungen im Sozialhilfe- bzw. Grundsicherungsrecht** bis 2005 blieben im Leistungsrecht nach dem AsylbLG unberücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die zunehmende Pauschalierung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts unter Verzicht auf einmalige Beihilfen (vgl. die Experimentierklausel des § 101a BSHG a.F. sowie § 3 Abs. 1 Nr. 1 GSIG a.F.) und schließlich für den Übergang in die Leistungssysteme des SGB II und SGB XII 2005, mit dem die Erhöhung des maßgeblichen Regelsatzes bzw. der Regelleistung um einen Zuschlag von ca. 16% einherging, um die Dispositionsfreiheit der Betroffenen zu erhöhen (sog. Anspargbetrag).
- 13 Für die **Öffnungsklausel des § 6 AsylbLG** bedeutet die losgelöste Entwicklung des Sozialhilferechts und die Einführung des SGB II und SGB XII, dass der damit verfolgte Anspruch einer möglichst abschließenden Bedarfsdeckung durch pauschalierte Leistungen nicht übertragbar ist. Die Leistungen nach den §§ 3, 4 und 6 AsylbLG können im Einzelfall das Leistungsniveau nach dem SGB II oder SGB XII sogar wertmäßig übersteigen (vgl. etwa die gesonderte Leistungsgewährung für Hausrat gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG). Eine Grundregel, nach der einmalige Bei-

<sup>20</sup> BSG v. 11.12.2007 - B 8/9b SO 12/06 R - SozR 4-3500 § 21 Nr. 1; W. Schellhorn in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 73 SGB XII Rn. 3.

<sup>21</sup> Z.T. abgedr. in: AsylbLG, IV – Landesrechtliche Vorschriften.

<sup>22</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris.

<sup>23</sup> Vgl. BT-Drs. 12/4451, S. 10; BT-Drs. 13/2746, S. 16.

<sup>24</sup> Vgl. BT-Drs. 12/4451, S. 5.

hilfen, die nach dem SGB II oder SGB XII nicht vorgesehen sind, „erst recht“ nicht nach § 6 AsylbLG gewährt werden könnten,<sup>25</sup> kann auch wegen atypischer Mehrbedarfe, die gerade auf einen vorübergehenden Aufenthalt von Ausländern in Deutschland zurückzuführen sind, nicht aufgestellt werden (vgl. etwa die nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG zu gewährenden Schulbeihilfen, die mit Einführung des SGB II und SGB XII 2005 zunächst nicht vorgesehen waren). Allerdings bewirkt die **Übergangsregel nach dem BVerfG** eine gewisse Angleichung des Leistungsumfangs nach § 3 AsylbLG an das allgemeine Grundsicherungsrecht. Eine gesonderte Bedarfsdeckung kommt daher bei bereits durch die Regelbedarfe abgedeckten Bedarfslagen nicht mehr in Betracht (vgl. Rn. 39).

## VI. Ausgewählte Literaturhinweise

- 14 *Deibel*, Das neue Asylbewerberleistungsrecht, ZAR 1998, 28-38; *Deibel*, Asylbewerberleistungsrecht aktuell - Zwischen Bundesverfassungsgericht und gesetzlicher Neuregelung, Sozialrecht aktuell 2013, 103-110; *Deibel*, Die Menschenwürde im Asylbewerberleistungsrecht, ZFSH/SGB 2012, 582-591; *Deibel*, Praktische Probleme bei der Bewilligung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, ZAR 1995, 57-64; *Fasselt*, Europarecht und Sozialhilfe, ZFSH/SGB 2004, 655-677; *Franßen-de la Cerda*, Die Verpflichtung des Ausländers zur Mitwirkung (§ 82 AufenthG), ZAR 2010, 81-90; *Hachmann/Hohm*, Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher EU-Richtlinien, NVwZ 2008, 33-36; *Haedrich*, Das Asylbewerberleistungsgesetz, das Existenzminimum und die Standards der EU-Aufnahmerichtlinie, ZAR 2010, 227-233; *Hammel*, Die Finanzierung von Passkosten bei mittellosen nicht-deutschen Personen, InfoAusIR 2012, 137-142; *Hoffmann*, Weiterer Anpassungsbedarf? Zur Umsetzung der EU-Richtlinien zum Flüchtlings- und Asylrecht, Beilage zum ASYLMAGAZIN 5/2007, 9-18; *Janda/Wilksch*, Das Asylbewerberleistungsgesetz nach dem „Regelsatz-Urteil“ des BVerfG, SGB 2010, 565-574; *Kunkel*, Das Asylbewerberleistungsgesetz in Konkurrenz mit Sozialleistungsgesetzen, NVwZ 1994, 352-355; *Scheurer*, Die Leistungsansprüche Asylsuchender und vollziehbar zur Ausreise verpflichteter Ausländerinnen und Ausländer nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, InfAusIR 1994, 265-273; *Schreiber*, Gesundheitsleistungen im europäischen Flüchtlingssozialrecht, ZESAR 2010, 107-112; *Wapler*, Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche ohne deutschen Pass, RdJB 2012, 219-236.
- 14.1 *Deutsche Krankenhausgesellschaft*, Hinweise zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Krankenhäusern, KH 2016, 9-16.

Aktualisierung vom 15.06.2016

## B. Auslegung der Norm

### I. Bedeutung, Regelungsgehalt und Systematik der Norm

- 15 § 6 AsylbLG kommt als **Auffangvorschrift bzw. Öffnungsklausel**<sup>26</sup> eine besondere Bedeutung bei der Leistungsgewährung nach dem AsylbLG zu. Die Deckung des notwendigen Bedarfs durch die Leistungen nach den §§ 3, 4 AsylbLG hat bis zur Entscheidung des BVerfG vom 18.07.2012

<sup>25</sup> So *Deibel*, ZAR 2004, 321, 325.

<sup>26</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16; vgl. LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 32 ff. - SAR 2008, 92, 93.

(Übergangsregelung)<sup>27</sup> auf den typischen Regelfall und Pauschalleistungen auf niedrigem Niveau abgestellt, so dass in bestimmten Fällen eine weitergehende Leistungsgewährung in beschränktem Umfang möglich sein musste.<sup>28</sup>

- 16** § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG ist grundsätzlich auf alle Grundleistungsberechtigten nach den §§ 1, 3 AsylbLG anwendbar und enthält **vier Fallgruppen**, in denen im Einzelfall eine abweichende Leistungsgewährung in Betracht kommt; im Einzelnen handelt es sich um Leistungen, die zur Sicherung des Lebensunterhalts (Alt. 1) oder der Gesundheit (Alt. 2) unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten (Alt. 3) oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind (Alt. 4). Wegen des vorangestellten Zusatzes „insbesondere“ ist diese **Aufzählung nicht abschließend**.<sup>29</sup>
- 17** Für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG mit besonderen Bedürfnissen gilt die **Sonderregel des § 6 Abs. 2 AsylbLG**, mit der Art. 13 Abs. 4 EGRL 2001/55 (sog. Massenzustromrichtlinie)<sup>30</sup> in nationales Recht umgesetzt wurde.<sup>31</sup> Danach wird diesen Personen ungeachtet der Einschränkungen der §§ 4 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe gewährt.
- 18** Die Vorschrift ist – **systematisch missglückt** – als eigenständiger Absatz Gesetz geworden, da sie in erster Linie – abweichend von § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG – die privilegierte medizinische Versorgung für vorübergehend geschützte Personen mit besonderen Bedürfnissen bezweckt.<sup>32</sup> Der Anwendungsbereich der Norm ist jedoch weitestgehend ungeklärt, weil eine Aufnahme von Vertriebenen nach der Massenzustromrichtlinie (EGRL 2001/55) noch nicht stattgefunden hat (Stand: Oktober 2010). Nach dem gesetzgeberischen Willen handelt es sich regelmäßig um den Anspruch auf **Versorgung und Behandlung bei Vorliegen chronischer Erkrankungen** (insb. bei Traumatisierungen mit dem Erfordernis einer psychotherapeutischen Behandlung),<sup>33</sup> der grundsätzlich nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG geltend gemacht werden kann (vgl. Rn. 62 ff.). Gem. § 6 Abs. 2 AsylbLG ist dieser Anspruch bei dem bestimmten Personenkreis als Pflichtleistung zu erfüllen (vgl. zur Berichtigung des § 6 Abs. 2 AsylbLG Rn. 3), ohne dass die restriktiven Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG vorliegen müssen (vgl. auch Rn. 111 ff.).
- 19** Ausgestaltet als eigenständige Anspruchsgrundlage betrifft § 6 Abs. 2 AsylbLG **allein atypische Bedarfslagen**, die auf die besonderen Bedürfnisse des Personenkreises zurückzuführen sind. Bei Vorliegen von anderen atypischen Bedarfslagen (z.B. Leistungen bei einem Todesfall) ist § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG einschlägig.
- 20** Mit diesem Normverständnis gilt der **Vorrang der Sachleistungsgewährung** gem. § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG (sog. Sachleistungsprinzip, vgl. auch § 3 Abs. 1 AsylbLG) sowohl für die Ermessensentscheidung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG als auch für diejenige nach § 6 Abs. 2 AsylbLG.<sup>34</sup>

<sup>27</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris.

<sup>28</sup> Vgl. BT-Drs. 12/4451, S. 10.

<sup>29</sup> OVG Schleswig-Holstein v. 09.09.1998 - 1 M 98/98 - juris Rn. 1 - FEVS 49, 325 f.; Decker in: Oestreicher, SGB XII/SGB II, § 6 AsylbLG Rn. 7.

<sup>30</sup> ABI.EG L 212 v. 07.08.2001, S. 12.

<sup>31</sup> BT-Drs. 15/4173, S. 28.

<sup>32</sup> BT-Drs. 15/4173, S. 28.

<sup>33</sup> Vgl. Hohm in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 37 unter Bezugnahme auf das Plenarprotokoll 15/138, S. 12707.

<sup>34</sup> A.A.: Herbst in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 45.

## II. Normzweck

- 21** Die Vorschrift ermöglicht eine von den §§ 3, 4 AsylbLG abweichende Leistungsgewährung bei besonderen (atypischen) Bedarfslagen, um den unterschiedlichen Lebenssachverhalten und der nach **Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG** gebotenen Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums im Einzelfall gerecht zu werden.<sup>35</sup>
- 22** In seinem Grundsatzurteil vom 09.02.2010 zum Leistungsrecht nach dem SGB II hat das **BVerfG**<sup>36</sup> die außergewöhnliche **Bedeutung von Öffnungsklauseln** in lebensunterhaltssichernden Leistungssystemen zur Deckung von atypischen Sonderbedarfen dargelegt und das Fehlen einer ausreichenden Regelung im Leistungssystem nach dem SGB II für unvereinbar mit dem GG erklärt. Vor diesem Hintergrund ist der Sinn und Zweck des § 6 AsylbLG im Leistungsrecht nach dem AsylbLG zu verstehen, auch wenn das BVerfG in seiner Entscheidung vom 18.07.2012 ausdrücklich betont hat, dass diese Norm **keinen Ausgleich struktureller Defizite** bei der Leistungshöhe nach § 3 Abs. 2 AsylbLG bietet (vgl. auch Rn. 38).<sup>37</sup>

## III. Sekundäres EU-Recht und richtlinienkonforme Auslegung

- 23** Bei der Leistungsgewährung nach den §§ 3, 4 und 6 AsylbLG sind die von der Europäischen Union durch verschiedene Richtlinien gesetzten sozialen **Mindeststandards bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen** zu beachten (vgl. auch die Kommentierung zu § 1 AsylbLG Rn. 44 ff.).
- 24** Der Gesetzgeber hat die leistungsrechtlich einschlägigen **EU-Richtlinien nur in sehr begrenztem Maße in nationales Recht umgesetzt** und zwar durch die Einführung des § 6 Abs. 2 AsylbLG, der die gem. Art. 13 Abs. 4 EGRL 2001/55 (sog. Massenzustromrichtlinie) vorgesehene Versorgung von Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG mit besonderen Bedürfnissen betrifft (erforderliche medizinische und sonstige Hilfe). Von einer Umsetzung entsprechender Vorgaben für Personen mit besonderen Bedürfnissen nach
- **Art. 15 Abs. 2, 17, 18-20 EGRL 2003/9**<sup>38</sup>, neu gefasst durch **Art. 19 Abs. 2, 21-25 EURL 2013/33**<sup>39</sup> (sog. Richtlinie Aufnahmebedingungen) und
  - **Art. 7, 9 Abs. 2 EGRL 2004/81** (sog. Opferschutzrichtlinie)<sup>40</sup>
- hat er abgesehen, weil von einer angemessenen Versorgung der betroffenen Personen durch die Anwendung der §§ 4, 6 Abs. 1 AsylbLG ausgegangen wird.<sup>41</sup> Insoweit hat sich der Bundesrat mit seinem Standpunkt durchgesetzt, dass einfachgesetzliche Regelungen zur Umsetzung entsprechender EU-Richtlinien „nur zu Missverständnissen und damit einhergehend zu Leistungsausweitungen“ führen würden.<sup>42</sup>

<sup>35</sup> Vgl. BVerwG v. 29.09.1998 - 5 B 82/97 - juris Rn. 6 - NVwZ 1999, 669; OVG Bremen v. 25.09.2009 - S 3 A 272/07 - juris Rn. 27; *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG 1; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 2.

<sup>36</sup> BVerfG v. 09.02.2010 - 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 - juris Rn. 204 ff.

<sup>37</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 89; krit. *Deibel*, ZFSH/SGB 2012, 582, 586.

<sup>38</sup> ABI.EU L 31 v. 06.02.2003, S. 18.

<sup>39</sup> ABI. EU L 180 v. 29.06.2013, S. 96.

<sup>40</sup> ABI.EU L 261 v. 06.08.2004, S. 19.

<sup>41</sup> Vgl. BT-Drs. 16/9018, S. 28.

<sup>42</sup> Vgl. BR-Drs. 918/1/04, S. 6 (zu § 6 Abs. 2 AsylbLG und EGRL 2001/55).

- 25** Dieses **Umsetzungsdefizit** ist in Rechtsprechung<sup>43</sup> und Literatur<sup>44</sup> bislang nur vereinzelt kritisiert bzw. wegen der Versorgung nach den §§ 4, 6 Abs. 1 AsylbLG als unbedenklich erachtet worden.<sup>45</sup> Auf Betreiben der **EU-Kommission**<sup>46</sup> – nach deutlicher Kritik an den Aufnahmebedingungen in einzelnen Mitgliedsstaaten (auch von Deutschland)<sup>47</sup> – ist die EGRL 2003/9 am 26.06.2013 durch die **EURL 2013/33** neu gefasst worden. Die Neufassung der Richtlinie Aufnahmebedingungen, die bis zum 20.07.2015 in nationales Recht umgesetzt werden muss,<sup>48</sup> beinhaltet im Grundsatz keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die Versorgung von Asylsuchenden bzw. Antragstellern auf internationalen Schutz (vgl. auch die Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 51). Wegen der schon unzureichenden Umsetzung der Massenzustrom- und der Opferschutzrichtlinie kann aber im Einzelfall zur Vermeidung eines Verstoßes gegen seit Ablauf der Umsetzungsfristen am 29.04.2004 (EGRL 2004/81) und 06.02.2005 (EGRL 2003/9) unmittelbar geltendes Europarecht eine **richtlinienkonforme Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG** geboten sein.<sup>49</sup>
- 26** Nach der **Menschenhandelsrichtlinie EURL 2011/36**<sup>50</sup> hat der Gesetzgeber auch eine besondere Unterstützung und Betreuung von Opfern des Menschenhandels mit einer Umsetzungsfrist bis zum 20.07.2015 gesetzlich vorzusehen. Die Leistungen umfassen u.a. eine geeignete und sichere Unterbringung und materielle Unterstützung sowie die notwendige **medizinische Behandlung einschließlich psychologischer Hilfe** (vgl. Art. 11 Abs. 5 EURL 2011/36).

### **1. Asylbewerber mit besonderen Bedürfnissen i.S.d. Art. 17 EGRL 2003/9 bzw. Art. 21 ff. EURL 2013/33**

- 27** Sehr problematisch ist die unterbliebene Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben für die Versorgung von **Personen mit besonderen Bedürfnissen** i.S.d. Art. 17 EGRL 2003/9<sup>51</sup> (bzw. Art. 21 ff. EURL 2013/33<sup>52</sup>). Die Richtlinie regelt Asylaufnahmebedingungen und gilt nur für Asylbewerber (bzw. Antragsteller auf internationalen Schutz) während der Dauer ihres Asyl- bzw. Anerkennungsverfahrens, vgl. Art. 3 Abs. 1 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 3 Abs. 1 EURL 2013/33). Geduldete können sich nicht auf diese Richtlinie berufen.<sup>53</sup>
- 28** Von Art. 17 Abs. 1 EGRL 2003/9<sup>54</sup> sind **folgende Asylbewerber** bzw. Antragsteller auf internationalen Schutz betroffen:
- **Minderjährige** (Art. 18 EGRL 2003/9 bzw. Art. 23 EURL 2013/33),

<sup>43</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 27.02.2012 - L 20 AY 48/08 - juris Rn. 74.

<sup>44</sup> *Schreiber*, ZESAR 2010, 107 ff.; *Haedrich*, ZAR 2010, 227, 231 ff.; *Janda/Wilksch*, SGB 2010, 565, 573 f.; *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.5.4, S. 130 und Kap 6.9, S. 137 ff.; *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 31; *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 8; vgl. auch A-Drs. 16(11)1350, S. 11 (Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. BAGFW v. 28.04.2009).

<sup>45</sup> So *Hachmann/Hohm*, NVwZ 2008, 33, 34 (zu Art. 7, 9 EGRL 2004/81).

<sup>46</sup> Vgl. Vorschlag der EU-Kommission v. 03.12.2009, KOM(2008) 815 endg., 2008/0244 (COD); vgl. hierzu *Haedrich*, ZAR 2010, 227, 232 f.; *Janda/Wilksch*, SGB 2010, 565, 574.

<sup>47</sup> Bericht über die Anwendung der EGRL 2003/9 v. 26.11.2007, KOM(2007) 745 endg., S. 9 f.

<sup>48</sup> Vgl. Art. 31 Abs. 1 EURL 2013/33.

<sup>49</sup> So auch *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 31; ähnlich *Schreiber*, ZESAR 2010, 107, 111; *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.5.4, S. 130 und Kap 6.9, S. 137 ff. (unmittelbare Anwendung der Richtlinien); *Hoffmann*, Beilage zum ASYLMAGAZIN 5/2007, 9, 10; krit. *Janda/Wilksch*, SGB 2010, 565, 573 f.; vgl. hierzu allg. *Fasselt*, ZFSH/SGB 2004, 655, 657 f.; *Haedrich*, ZAR 2010, 227, 232 f.

<sup>50</sup> ABI. EU L 101 v. 15.04.2011, S. 1.

<sup>51</sup> ABI.EU L 31 v. 06.02.2003, S. 18.

<sup>52</sup> Neufassung der EGRL 2003/9 vom 26.06.2013, Abl.EU L 180 v. 29.06.2013, S. 96 (Umsetzungsfrist: 20.07.2015, vgl. Art. 31 Abs. 1 EURL 2013/33).

<sup>53</sup> Vgl. hierzu *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.9, S. 138.

<sup>54</sup> ABI.EU L 31 v. 06.02.2003, S. 18.



- **unbegleitete Minderjährige** (Art. 19 EGRL 2003/9 bzw. Art. 24 EURL 2013/33),
- **Behinderte,**
- **ältere Menschen,**
- **Schwangere,**
- **Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern** und
- **Opfer von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt** (Art. 20 EGRL 2003/9 bzw. Art. 25 EURL 2013/33).

**29** Während Art. 15 Abs. 1 EGRL 2003/9 und Art. 19 Abs. 1 EURL 2013/33 zumindest die **medizinische Notversorgung** und die unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten vorgeben (Leistungsumfang nach den §§ 4, 6 Abs. 1 AsylbLG), sieht Art. 15 Abs. 2 EGRL 2003/9 bei den o.g. **Asylbewerbern mit besonderen Bedürfnissen** i.S.d. Art. 17 Abs. 1 EGRL 2003/9 die Gewährung der erforderlichen medizinischen oder sonstiger Hilfe vor. Die Neufassung der Richtlinie stellt klar, dass hierzu auch die erforderliche und geeignete psychologische Betreuung gehört (Art. 19 Abs. 2 EURL 2013/33). In den Art. 18-20 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 23-25 EURL 2013/33) sind weitere soziale Mindeststandards enthalten, u.a. für Minderjährige das Wohl des Kindes (Art. 3 Abs. 1 UNKRK, vgl. auch Rn. 77 f.) als Auslegungsleitlinie (Art. 18 Abs. 1 EGRL 2003/9, Art. 23 Abs. 1 EURL 2013/33)<sup>55</sup> und Rehabilitationsmaßnahmen, psychologische Betreuung und qualifizierte Beratung bei Opfern von Missbrauch, Vernachlässigung, Ausbeutung, Folter, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder bewaffneten Konflikten (vgl. Art. 18 Abs. 2 EGRL 2003/9, Art. 18 Abs. 4 EURL 2013/33). Für die Versorgung unbegleiteter Minderjährige (Vertretung, Betreuung, Familienzusammenführung etc.) gelten die Vorgaben aus Art. 19 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 24 EURL 2013/33) und für Opfer von Folter und Gewalt diejenigen nach Art. 20 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 25 EURL 2013/33).

**30** Auf die Einhaltung der sozialen Mindeststandards nach den Art. 15 Abs. 2, 18-20 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 19 Abs. 2, 23-25 EURL 2013/33) können sich nur Personen berufen, die nach einer **Einzelprüfung ihrer Situation als besonders hilfebedürftig anerkannt** sind, vgl. Art. 17 Abs. 2 EGRL 2003/9 bzw. Art. 22 Abs. 3 EURL 2013/33. Von einer gesonderten Umsetzung der Vorgaben aus Art. 15 Abs. 2, 18-20 EGRL 2003/9 in nationales Recht hat der Gesetzgeber wegen der als ausreichend angesehenen Versorgung der betroffenen Personen durch die Anwendung der §§ 4, 6 Abs. 1 AsylbLG abgesehen.<sup>56</sup> Ein einfachgesetzliches **Anerkennungsverfahren** i.S.d. Art. 17 Abs. 2 EGRL 2003/9 (sog. **Screening-Verfahren**<sup>57</sup>) existiert ebenfalls nicht. Über die Anerkennung besonders hilfebedürftiger Personen i.S.d. Art. 17 EGRL 2003/9 (bzw. Art. 21 ff. EURL 2013/33) entscheidet in der Praxis die für die Leistungsgewährung nach den §§ 10 ff. AsylbLG **zuständige Behörde durch Verwaltungsakt**,<sup>58</sup> mangels gesonderten Anerkennungsverfahrens also mit Bewilligung der entsprechenden Leistungen. Dieses Umsetzungsdefizit wiegt besonders schwer, da durch ein qualifizierendes Screening-Verfahren das Niveau der Sozialleistung möglichst früh gesteuert werden soll und ohne dieses Verfahren mangelnde Krankheitseinsicht und/oder ungenügende Sprachkenntnisse zu einer verspäteten oder zunächst unzureichenden medizinischen Versorgung führen können.<sup>59</sup>

<sup>55</sup> Vgl. auch *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 5.

<sup>56</sup> Vgl. BT-Drs. 16/9018, S. 28.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu *Schreiber*, ZESAR 2010, 107, 108.

<sup>58</sup> Vgl. BT-Drs. 16/9018, S. 28.

<sup>59</sup> Vgl. ausführlich *Schreiber*, ZESAR 2010, 107, 110.

- 31** Nach grundlegender Kritik der Europäischen Kommission<sup>60</sup> ist nun ein Anerkennungs- bzw. **Screening-Verfahren** zur frühestmöglichen Identifizierung von Personen mit besonderen Bedürfnissen aufgrund der Neufassungen der Richtlinie Aufnahmebedingungen und der Verfahrensrichtlinie **mit einer Umsetzungsfrist bis zum 20.07.2015 zwingend vorgeschrieben**, vgl. Art. 22 Abs. 1 EURL 2013/33 und Art. 24 Abs. 1 EURL 2013/32. Die Beurteilung, ob Antragsteller besondere Bedürfnisse i.S.d. Richtlinien haben, muss allerdings nicht „in Form eines Verwaltungsverfahrens“ erfolgen (Art. 22 Abs. 2 EURL 2013/33, Art. 24 Abs. 2 EURL 2013/32). Erforderlich sind damit zumindest **bundeseinheitliche Verfahrensvorgaben** (z.B. durch Rechtsverordnung). Erfolgt die Umsetzung der Richtlinien durch ein Gesetz im formellen Sinn, spricht die Sachnähe wegen der mit der Bestimmung von Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen bezweckten besseren materiellen Versorgung für eine Aufnahme des Identifizierungsverfahrens in das AsylbLG. Denkbar ist auch eine Regelung im AsylVfG (vgl. etwa die Gesundheitsuntersuchung nach § 62 AsylVfG).
- 32** Für den **Hauptanwendungsfall einer ausreichenden medizinischen Versorgung** von Opfern von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt als besonders hilfebedürftige Personen i.S.d. Art. 17 Abs. 1, 20 EGRL 2003/9 bzw. Art. 19 Abs. 2, 25 Abs. 1 EURL 2013/33 gelten die Leistungsmaßstäbe des § 6 Abs. 2 AsylbLG im Wege der **richtlinienkonformen Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG** entsprechend, wobei die Anerkennung nach § 17 Abs. 2 EGRL 2003/9 bis zur Umsetzung des Art. 22 EURL 2013/33 inzident mit Zuerkennung des Leistungsanspruchs erfolgt.<sup>61</sup> Bei einem auf die besonderen Bedürfnisse i.S.d. Art. 17 Abs. 1, 20 EGRL 2003/9 zurückzuführenden Hilfebedarf besteht für diese Asylbewerber ein **Anspruch auf erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe** (Psychotherapie, Hilfsmittel etc.); insoweit wird auf die Ausführungen zu § 6 Abs. 2 AsylbLG verwiesen (vgl. Rn. 105 ff.). Nach der Neufassung der Richtlinie Aufnahmebedingungen erstreckt sich der Anspruch auf den Zugang zu einer adäquaten medizinischen und psychologischen Behandlung oder Betreuung (vgl. Art. 25 Abs. 1 EURL 2013/33).

## **2. Personen mit besonderen Bedürfnissen i.S.d. Art. 7, 9 Abs. 2 EGRL 2004/81**

- 33** Bei Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4a AufenthG, also bei Drittstaatsangehörigen, die nach der **Opferschutzrichtlinie (EGRL 2004/81)**<sup>62</sup> für die Dauer der Mitwirkung in einem Strafverfahren über einen Aufenthaltstitel verfügen, kann ebenfalls eine richtlinienkonforme Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG geboten sein und zwar bei **Personen mit besonderen Bedürfnissen** i.S.d. Art. 9 Abs. 2 EGRL 2004/81 wie
- **Schwangere,**
  - **Behinderte,**
  - **Opfer von sexueller Gewalt oder sonstigen Formen von Gewalt und**
  - **Minderjährige.**
- 34** Für diese Personen sieht **Art. 9 Abs. 2 EGRL 2004/81** vor, dass die Mitgliedstaaten die erforderliche medizinische und sonstige Hilfe zur Verfügung stellen, soweit die Betroffenen hierfür nicht über die erforderlichen Mittel verfügen. Dies entspricht wiederum dem **Leistungsumfang des § 6 Abs. 2 AsylbLG**. Bei einem auf die besonderen Bedürfnisse i.S.d. Art. 9 Abs. 2 EGRL 2004/81 zurückzuführenden Hilfebedarf besteht für diese Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25

<sup>60</sup> Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2003/9/EG v. 26.11.2007, KOM(2007) 745 endg., S. 9 f.

<sup>61</sup> So auch *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 31.

<sup>62</sup> ABI.EU L 261 v. 06.08.2004, S. 19.

Abs. 4a AufenthG ein **Anspruch auf erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe** (Psychotherapie, Hilfsmittel etc.); insoweit wird auf die Ausführungen zu § 6 Abs. 2 AsylbLG verwiesen (vgl. Rn. 105 ff.).

- 35** Vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis können sich die Betroffenen auf **Art. 7 Abs. 1 Satz 2 EGRL 2004/81** berufen, nach dem die Mitgliedstaaten die speziellen Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Personen, einschließlich psychologischer Hilfe, zu beachten haben, soweit diese angemessen und durch innerstaatliches Recht vorgesehen ist.

## IV. Sonstige Leistungen (Absatz 1 Satz 1)

### 1. Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe

- 36** Als **Auffang- bzw. Öffnungsklausel** ermöglicht § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG den Behörden im Ermessenswege eine zusätzliche Leistungsgewährung, insbesondere bei Vorliegen der vier genannten Tatbestandalternativen (zur Ausgestaltung der Norm als Ermessensvorschrift vgl. Rn. 42 f.).
- 37** Nach h.M. in Rechtsprechung<sup>63</sup> und Literatur<sup>64</sup> sind die Fallgruppen des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG nach Sinn und Zweck des Gesetzes und wegen der Begriffe unerlässlich und geboten **einzelfallbezogen und restriktiv auszulegen**. Die Auslegung der Norm hat die grundlegende Entscheidung des Gesetzgebers zu berücksichtigen, durch die Grundleistungen nach den §§ 3, 4 und 6 AsylbLG einen geringeren Lebensstandard zu gewährleisten als durch das Leistungsniveau nach dem SGB XII oder dem SGB II.<sup>65</sup> Insoweit muss auch die **systematische Trennung** von Leistungen nach **§ 3 AsylbLG** und solchen in besonderen Fällen nach **§ 2 AsylbLG** beibehalten werden.
- 38** Dieses restriktive Verständnis der Norm kann seit der Entscheidung des **BVerfG vom 18.07.2012**<sup>66</sup> zu den Geldleistungen nach § 3 AsylbLG allerdings nicht mehr uneingeschränkt gelten.<sup>67</sup> Nach der – für die Fachgerichte nicht bindenden<sup>68</sup> – Auslegung des § 6 AsylbLG durch das BVerfG bietet diese Norm wegen des erkennbar entgegenstehenden Willens des Gesetzgebers zwar **keinen Ausgleich struktureller Defizite** bei der Leistungshöhe nach § 3 Abs. 2 AsylbLG.<sup>69</sup> Gleichwohl kann bei der Gewährung von sonstigen Leistungen eine verfassungskonforme Auslegung des § 6 Abs. 1 AsylbLG die **tatsächliche Aufenthaltsdauer** des Ausländers in Deutschland in besonderer Weise in den Blick nehmen. Ist aufgrund der faktischen Verhältnisse schon nicht mehr von einem **Kurzaufenthalt** des Ausländers in Deutschland auszugehen, ist eine restriktive Auslegung des § 6 Abs. 1 AsylbLG nicht mehr geboten.<sup>70</sup> Dies kann nach einem **Aufenthalt von zwei Jahren** unterstellt werden (vgl. auch die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 24).
- 39** Wegen der Angleichung des Leistungsniveaus nach § 3 AsylbLG an das allgemeine Grundversicherungsrecht durch die Übergangsregel (vgl. hierzu ausführlich die Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 98 ff.) ist bei der Gewährung von sonstigen Leistungen nach § 6 Abs. 1 AsylbLG aber auch

<sup>63</sup> LSG Baden-Württemberg v. 11.01.2007 - L 7 AY 6025/06 PKH-B - juris Rn. 6 - SAR 2007, 45; krit. LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 33 - SAR 2008, 92, 93; SG Wiesbaden v. 09.05.2008 - S 21 AY 9/07 - juris Rn. 27 - SAR 2008, 116, 117 f.

<sup>64</sup> *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 15; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 10; *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 1.

<sup>65</sup> *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 12; vgl. auch *Deibel*, ZAR 1998, 28, 32.

<sup>66</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris.

<sup>67</sup> Zur Kritik bereits in der Voraufgabe vgl. *Frerichs* in: jurisPK-SGB XII, 1. Aufl. 2011, § 6 AsylbLG Rn. 35.

<sup>68</sup> Vgl. hierzu *Deibel*, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 106.

<sup>69</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 89; krit. *Deibel*, ZFSH/SGB 2012, 582, 586.

<sup>70</sup> Vgl. allg. BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 76.

die **Rechtslage nach dem SGB II bzw. SGB XII** in besonderer Weise zu berücksichtigen. Ist eine einmalige Beihilfe nach dem allgemeinen Grundsicherungsrecht grundsätzlich nicht vorgesehen und auch im Ausnahmefall (vgl. § 21 Abs. 6 SGB II) nicht zu gewähren, spricht dies regelmäßig gegen einen ergänzenden Leistungsanspruch nach § 6 Abs. 1 AsylbLG.<sup>71</sup> Zur Orientierung kann auch auf die sozialhilferechtlichen Leistungen für Ausländer nach § 23 SGB XII zurückgegriffen werden.<sup>72</sup> **Entscheidend sind aber stets die konkreten Umstände des Einzelfalls.** Rechtsprechung und Literatur sind zwangsläufig von einer umfangreichen Kasuistik geprägt.<sup>73</sup>

**40** Bei der Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG kann auf die allgemeinen Regeln der **Verhältnismäßigkeitsprüfung** zurückgegriffen werden. Danach müssen die Leistungen geeignet, erforderlich und nach Sinn und Zweck des AsylbLG angemessen sein.<sup>74</sup>

**41** Bei der Beurteilung, ob die Leistungen **unerlässlich oder geboten** i.S.d. ersten drei Tatbestandsalternativen des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG sind, wird nicht viel Rechtsklarheit gewonnen, wenn mit Blick auf die Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums auf Synonyme wie „unumgänglich“ oder „unverzichtbar“ zurückgegriffen wird.<sup>75</sup> Heranzuziehen sind vielmehr **Auslegungskriterien** wie

- die **Qualität des betroffenen Rechtes** (Grundrechtsrelevanz),
- **Ausmaß und Intensität der tatsächlichen Beeinträchtigung** im Falle der Leistungsablehnung,
- die **voraussichtliche und bisherige Aufenthaltsdauer** des Ausländers in Deutschland,<sup>76</sup>
- eine ggf. **zeitnah eintretende Leistungsprivilegierung** (SGB II/SGB XII/§ 2 AsylbLG),<sup>77</sup>
- die **Subsidiarität gegenüber einer anderweitigen Bedarfsdeckung** (vgl. § 8 AsylbLG) und
- der **Vorrang gleichwertiger, kostengünstigerer Leistungen**.<sup>78</sup>

## 2. Ausgestaltung der Norm als Ermessensvorschrift

**42** § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG räumt der Behörde in der Rechtsfolge Ermessen ein, das sich auf sämtliche Tatbestandsalternativen und **sowohl auf das Entschließungs- als auch auf das Auswahlermessen** erstreckt.<sup>79</sup> Der in Literatur<sup>80</sup> und Rechtsprechung<sup>81</sup> vertretenen Auffassung, dass die Leistungsbehörde mit Vorliegen einer besonderen Bedarfslage nach den vier Fallgruppen i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG das an sich eingeräumte Ermessen, ob Leistungen gewährt werden (sog. Entschließungsermessen), wegen der sehr restriktiven Bewilligungsvoraussetzungen nicht ausüben dürfe, ist nicht zu folgen. Gegen diese Auffassung sprechen der Wortlaut („können“), die Entstehungsgeschichte und der Einzelfallbezug der Norm. Bereits bei Einführung der Vor-

<sup>71</sup> Vgl. *Deibel*, ZSFH/SGB 2012, 582, 590.

<sup>72</sup> So auch *Deibel*, Sozialrechtaktuell 2013, 103, 106.

<sup>73</sup> Vgl. nur die Darstellung der Einzelfälle von *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 36-127, Rn. 139-175, Rn. 181-215, Rn. 228-250, Rn. 257-280; vgl. auch *Deibel*, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 106.

<sup>74</sup> So auch *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 10.

<sup>75</sup> Vgl. etwa LSG Baden-Württemberg v. 11.01.2007 - L 7 AY 6025/06 PKH-B - juris Rn. 6 - SAR 2007, 45; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 32 f.

<sup>76</sup> Vgl. *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 16, 21.

<sup>77</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 278-280 (sog. Übergangsfälle bei Erhöhung der Vorbezugszeit i.S.d. § 2 Abs. 1 AsylbLG).

<sup>78</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 34.

<sup>79</sup> So auch VG Sigmaringen v. 02.04.2003 - 5 K 781/02 - juris Rn. 19; VG Augsburg v. 17.10.2000 - Au 3 K 99.1236 - juris Rn. 21 - NVwZ-Beil. 2001, 46, 47; *Decker* in: Oestreicher, SGB XII/SGB II, § 6 AsylbLG Rn. 9; *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 7; *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 1.

<sup>80</sup> *Deibel*, ZAR 2004, 321, 325; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 11 f.; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 10.

<sup>81</sup> Vgl. VG Düsseldorf v. 25.04.2001 - 13 L 607/01 - abgedr. in AsylbLG – VII – zu § 6 (VG – Nr. 12).

schrift 1993 war der Leistungsanspruch nicht als gebundener ausgestaltet („dürfen nur“); in der Gesetzesbegründung ist ausgeführt, dass die „Möglichkeit“ und in bestimmten Fällen „eine gewisse Verpflichtung“ zur Leistungsgewährung bestehen müsse.<sup>82</sup> Die Änderung in eine uneingeschränkte Ermessensvorschrift 1997 wurde damit begründet, dass nach der bisherigen Regelung in der Praxis kaum „Spielraum“ bleibe, besonderen Bedarfen im Einzelfall gerecht zu werden.<sup>83</sup>

- 43** Gleichwohl wird bei Vorliegen der ersten und zweiten Tatbestandsalternative des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG, nach denen zur **Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit** unerlässliche Leistungen gewährt werden können, in aller Regel allein eine Hilfestellung mit den grundrechtlichen Belangen des Betroffenen zu vereinbaren sein (sog. **Ermessensreduzierung auf Null**).<sup>84</sup> Entsprechendes gilt grundsätzlich auch bei Vorliegen der dritten Tatbestandsalternative, wenn die Leistungen zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten sind. Eine besondere Bedeutung kann der Ermessensentscheidung zukommen, wenn über Leistungen zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG zu entscheiden ist (vgl. Rn. 97 ff.).
- 44** Die Ausgestaltung der **Art und Weise der Leistungserbringung** (sog. Auswahlermessen), bei der der Vorrang der Sachleistungsgewährung zu beachten ist (vgl. § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG), steht ebenfalls im Ermessen der Behörde. Nur **in Ausnahmefällen** kann sich der Anspruch auf **eine bestimmte Leistung** verdichten.<sup>85</sup> § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG gilt sowohl für die Anwendungsfälle des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG als auch für die Leistungsgewährung nach § 6 Abs. 2 AsylbLG (vgl. Rn. 20).

### 3. Zur Sicherung des Lebensunterhalts unerlässlich (Alt. 1)

#### a. Tatbestand

- 45** Die Auslegung des Tatbestandsmerkmals zur Sicherung des Lebensunterhalts hat sich an dem **Leistungsumfang des § 3 Abs. 1, 2 AsylbLG** zu orientieren (vgl. aber Rn. 39), nach dem bereits der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts zu decken ist und ein Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse gewährt wird (sog. Barbetrag, früher Taschengeld genannt).
- 46** Als besondere Bedarfslagen i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AsylbLG kommen **atypische Sachverhalte** vorübergehender (z.B. Bekleidungs- und Hygienebedarf bei Krankenhausaufenthalten) oder dauerhafter Natur (z.B. physiologisch bedingter, außergewöhnlicher Bedarf an Bekleidung oder Schuhwerk, Extragrößen) in Betracht. Eine Leistungsgewährung setzt stets eine umfassende **Prüfung des Einzelfalls** voraus, ob der nachgewiesene Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts unerlässlich ist. Nach der Entscheidung des BVerfG ist dabei auf die **hiesigen Lebensverhältnisse** abzustellen.<sup>86</sup>

<sup>82</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 10.

<sup>83</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16.

<sup>84</sup> Ähnlich *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 1; vgl. auch *Scheurer*, InfAuslR 1994, 265, 271.

<sup>85</sup> *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 12.

<sup>86</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 67; a.A. noch in der Voraufgabe *Frerichs* in: jurisPK-SGB XII, 1. Aufl. 2011, § 6 AsylbLG Rn. 42.

**47** Bei der Auslegung dieser Fallgruppe sind die bisherige und die **voraussichtliche Aufenthaltsdauer des Ausländers in Deutschland** im besonderen Maße zu berücksichtigen.<sup>87</sup> Der Bedarf an lebensunterhaltssichernden Leistungen kann bei einem voraussichtlich kurzen Aufenthalt (z.B. bei dem Flughafenverfahren nach § 18a AsylVfG) geringer ausfallen als bei einem auf ungewisse Zeit bestehenden Ausreisehindernis.

**47.1** Zur Auslegung des Tatbestands nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AsylbLG („zur Sicherung des Lebensunterhalts unerlässliche Leistungen“) vgl. LSG Nordrhein-Westfalen v. 19.05.2014 - L 20 AY 90/13 - juris Rn. 40 ff. (dort: **Kostenübernahme für einen Deutschkurs**, verneint).

*Aktualisierung vom 03.11.2014*

**47.2** § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG sieht **keinen Anspruch auf einen pauschalen Mehrbedarf für Alleinerziehende** vor. Maßgeblich ist der konkret-individuelle, ggf. durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen zu deckende Bedarf (so zutreffend LSG Niedersachsen-Bremen v. 27.11.2014 - L 8 AY 57/14 B ER - juris Rn. 10 ff.; LSG Nordrhein-Westfalen v. 18.12.2014 - L 20 AY 76/14 B ER, L 20 AY 77/14 B ER - juris Rn. 28 ff.).

*Aktualisierung vom 04.05.2015*

**47.3** Zur **Kostenübernahme für einen Deutschkurs** vgl. auch die Anmerkung zu LSG Nordrhein-Westfalen v. 19.05.2014 (L 20 AY 90/13) von Rogge, jurisPR-SozR 7/2015, Anm. 5.

*Aktualisierung vom 24.09.2015*

**47.4** Zur konkret-individuellen Bedarfsdeckung bei einem **Mehrbedarf für Alleinerziehende** (kein pauschaler Mehrbedarf): SG Landshut v. 21.10.2015 - S 11 AY 41/15 - juris Rn. 21; vgl. auch Rn. 47.2).

*Aktualisierung vom 02.11.2015*

## **b. Einzelne Leistungsfälle**

### **aa. Ernährungsbedingter Mehrbedarf**

**48** Die Gewährung eines ernährungsbedingten Mehrbedarfs kommt als unerlässliche Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts nur dann in Betracht, soweit diesem nicht bereits durch die Gewährung der Grundleistungen nach § 3 AsylbLG Rechnung getragen wird. Da die Behörde bei der Sachleistungsgewährung nach § 3 Abs. 1 AsylbLG ernährungsphysiologische Erfordernisse (z.B. bei Babys, Kleinkindern etc.) und nach Möglichkeit religiös bedingtes Ernährungsverhalten zu beachten hat,<sup>88</sup> ist eine weitergehende Leistungserbringung nach § 6 Abs. 1 Alt. 1 AsylbLG insbesondere bei Ersatzleistungsempfängern nach § 3 Abs. 2 AsylbLG möglich.<sup>89</sup> Entscheidend sind stets die **Umstände des Einzelfalls**, also eine **konkret-individuelle Bedarfsfeststellung**.<sup>90</sup>

**49** Hauptanwendungsfall ist der auch in § 21 Abs. 5 SGB II und § 30 Abs. 5 SGB XII berücksichtigte **Mehrbedarf einer kostenaufwändigen Ernährung aus medizinischen Gründen (Krankenkost)**, der tatbestandlich auch als zur Sicherung der Gesundheit unerlässliche Leistung i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG beansprucht werden kann.<sup>91</sup> Der entsprechende Bedarf dem Grunde nach und die einhergehenden Kosten sind im konkreten Einzelfall festzustellen.<sup>92</sup>

<sup>87</sup> Adolph in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 16.

<sup>88</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 8.

<sup>89</sup> Vgl. auch Hohm in: AsylbLG, § 6 Rn. 42.

<sup>90</sup> OVG Nordrhein-Westfalen v. 28.05.2002 - 12 A 64/00 - juris Rn. 8-10 - ZFSH/SGB 2002, 620 f. (altersbedingter Ernährungsmehrbedarf); BSG v. 27.02.2008 - B 14/7b AS 64/06 R - juris Rn. 28 - SozR 4-4200 § 21 Nr. 2; BSG v. 27.02.2008 - B 14/7b AS 32/06 R - juris Rn. 39 - SozR 4-4200 § 20 Nr. 6 (jeweils zu § 21 SGB II - Krankenkost).

<sup>91</sup> Hohm in: AsylbLG, § 6 Rn. 39; Deibel, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 106.

<sup>92</sup> BSG v. 27.02.2008 - B 14/7b AS 32/06 R - juris Rn. 39 - SozR 4-4200 § 20 Nr. 6 (zu § 21 SGB II).

**50** Als zulässige Orientierungshilfe kann in der Praxis auf die **Empfehlungen des Deutschen Vereins** für öffentliche und private Fürsorge für die Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe in der 3. Aufl. 2008<sup>93</sup> (sog. Empfehlungen) zurückgegriffen werden, solange keine Besonderheiten des Einzelfalls vorliegen.<sup>94</sup>

**51** Die Empfehlungen sehen bei konsumierenden Erkrankungen, gestörter Nährstoffaufnahme bzw. -verwertung sowie bei Glutenunverträglichkeit und Niereninsuffizienz einen Mehrbedarf vor, der sich der Höhe nach (Regelwerte) an dem früheren Eckregelsatz (für den Haushaltsvorstand) nach § 28 SGB XII, §§ 2, 3 RSV orientiert. Wird von der nach § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG vorrangigen Sachleistungsgewährung abgewichen, beträgt er – je nach Erkrankung – **10% oder 20% der maßgebenden Regelbedarfsstufe I** (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 RBEG).<sup>95</sup>

#### **bb. Mehrbedarf für werdende Mütter**

**52** In Anlehnung an § 23 Abs. 1a BSHG bzw. **§ 30 Abs. 2 SGB XII** ist bei werdenden Müttern nach der zwölften Schwangerschaftswoche ein Mehrbedarf – u.a. für zusätzliche Ernährung, Körperpflege und Reinigung der Wäsche oder Fahrgeld<sup>96</sup> – zu unterstellen.

**53** Bei einem Abweichen von der Sachleistungsgewährung (vgl. § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG) beträgt die Höhe der zusätzlichen Leistungen in entsprechender Anwendung des § 30 Abs. 2 SGB XII 17% der maßgebenden Regelbedarfsstufe, soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht.<sup>97</sup>

**53.1** Gegen die Gewährung eines pauschalen Mehrbedarfs für werdende Mütter nach § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG spricht allerdings die im Gesetz angelegte **konkret-individuelle Bedarfsdeckung** (so zutreffend SG Landshut v. 27.08.2015 - S 11 AY 9/15 - juris Rn. 21; vgl. auch zum pauschalen Mehrbedarf bei Alleinerziehung Rn. 47.2). Leistungsberechtigte können sich aber auf Gleichbehandlung berufen, soweit eine pauschale Mehrbedarfsgewährung der gewöhnlichen Verwaltungspraxis entspricht (sog. **Selbstbindung der Verwaltung**, vgl. hierzu etwa LSG Niedersachsen-Bremen v. 27.11.2014 - L 8 AY 57/14 B ER - juris Rn. 14 m.w.N.).

*Aktualisierung vom 24.09.2015*

#### **cc. Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt (Erstausrüstungen)**

**54** Als zur Sicherung des Lebensunterhalts unerlässliche Leistungen, die von den Grundleistungen nach § 3 AsylbLG nicht abgedeckt sind, gelten ebenfalls die Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt (vgl. auch § 31 Abs. 1 Nr. 2 SGB XII, § 24 Abs. 3 Nr. 2 Alt. 2 SGB II). Hierzu zählen u.a. **Umstands- und Babykleidung, Mittel zur Säuglingspflege** (Bademittel, Puder, Babyflasche, Schnuller, Windeln etc.) sowie **Kinderbett, Kinderwagen und Wickelkommode** (letztere jeweils

<sup>93</sup> [www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen\\_archiv/empfehlungen2008/pdf/DV%2025-08.pdf](http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/empfehlungen2008/pdf/DV%2025-08.pdf) (zuletzt abgerufen am 24.04.2014).

<sup>94</sup> BSG v. 27.02.2008 - B 14/7b AS 64/06 R - juris Rn. 28 - SozR 4-4200 § 21 Nr. 2; LSG Berlin-Brandenburg v. 09.12.2009 - L 10 AS 1717/09 NZB - juris Rn. 4; vgl. auch *Behrend* in: jurisPK-SGB II, § 21 Rn. 45 f. (zu § 21 SGB II).

<sup>95</sup> Vgl. Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge für die Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe, S. 11-13.

<sup>96</sup> Vgl. *Schellhorn* in: Schellhorn/Schellhorn, BSHG, § 23 Rn. 16 (zu § 23 BSHG).

<sup>97</sup> Zur analogen Anwendung des § 23 Abs. 1a BSHG (20% der Summe der Leistungen aus § 3 Abs. 1 Satz 4 AsylbLG und § 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 AsylbLG) bis zum Inkrafttreten der Übergangsregelung des BVerfG vom 18.07.2012 vgl. *Frerichs* in: jurisPK-SGB XII, 1. Aufl. 2011, § 6 AsylbLG Rn. 49 f.

mit Ausstattung). die Leistungen sind rechtzeitig (vor der Geburt) zu erbringen.<sup>98</sup> Diese Leistungen können teilweise auch nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern beansprucht werden.

- 55** Nach den Gesetzesmaterialien sind insbesondere **Hygienemittel für Wöchnerinnen** nach § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG zu leisten.<sup>99</sup>

#### **dd. Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts**

- 56** Vor dem Hintergrund des grundgesetzlich geschützten Rechtes der leiblichen Eltern zur Pflege und Erziehung des Kindes aus **Art. 6 Abs. 2 GG** sind notwendige Kosten des nicht sorgeberechtigten, mittellosen Elternteils zur Wahrnehmung des Umgangsrechts als Fürsorgeleistung des Staates zu übernehmen.<sup>100</sup> Der Leistungsanspruch von Grundleistungsberechtigten nach dem AsylbLG ergibt sich aus § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AsylbLG.<sup>101</sup>

- 57** Entsprechendes gilt auch für das **Recht des Kindes aus Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG** auf ungehinderten Umgang mit diesem Elternteil.<sup>102</sup> Diese Kosten sind im Leistungsumfang nach § 3 AsylbLG nicht enthalten und gehören zum unerlässlichen Existenzminimum.<sup>103</sup> Der Anspruch des Kindes ergibt sich aus § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG.

- 58** Übernahmefähig sind insbesondere die anfallenden **Fahrtkosten** bei verschiedenen Wohnsitzen der Eltern für den günstigsten Tarif öffentlicher Verkehrsmittel.<sup>104</sup>

## **4. Zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich (Alt. 2)**

### **a. Tatbestand**

- 59** Die Fallgruppe des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG betrifft regelmäßig die über den Leistungsumfang nach **§ 4 Abs. 1 AsylbLG** (Akutversorgung) hinausgehende medizinische Versorgung des Leistungsberechtigten.<sup>105</sup>

- 60** Der Auffangtatbestand greift auf den unbestimmten Rechtsbegriff der Gesundheit zurück, der über die **Gesundheit im biologisch-physiologischen Sinn** hinaus auch das **psychische Wohlbefinden** umfasst, soweit die Beeinträchtigung einer physischen Gesundheitsstörung gleichkommt.<sup>106</sup>

- 61** Der Fallgruppe kommt ein weiterer Anwendungsbereich zu.<sup>107</sup> Hierbei ist insbesondere die Entscheidung des BVerfG vom 18.07.2012 zu berücksichtigen, nach der eine gegenüber dem allgemeinen Grundsicherungsrecht abgesenkte Versorgung jedenfalls dann nicht mehr gerechtfertigt ist, wenn der tatsächliche Aufenthalt die Spanne eines Kurzaufenthalts deutlich überschritten hat.<sup>108</sup> In diesen

<sup>98</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 49-52; vgl. auch VG Düsseldorf v. 25.04.2001 - 13 L 607/01 - abgedr. in AsylbLG – VII – zu § 6 (VG – Nr. 12).

<sup>99</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 10.

<sup>100</sup> Vgl. BVerfG v. 25.10.1994 - 1 BvR 1197/93 - NJW 1995, 1342-1344 (zu § 12 BSHG); BVerwG v. 22.08.1995 - 5 C 15/94 - NJW 1996, 1838-1840 (zu §§ 12, 21 f. BSHG); BSG v. 07.11.2006 - B 7b AS 14/06 R - NZS 2007, 383, 386 f. (zu §§ 20, 23 SGB II, § 73 SGB XII).

<sup>101</sup> Vgl. LSG Sachsen-Anhalt v. 03.01.2006 - L 8 B 11/05 AY ER - juris Rn. 24 f. - FEVS 58, 19; *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 10.

<sup>102</sup> Vgl. OVG Nordrhein-Westfalen v. 10.10.2002 - 12 E 658/00 - juris Rn. 4 - NJW 2003, 2257 (zu § 12 BSHG).

<sup>103</sup> *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 37 f.

<sup>104</sup> LSG Sachsen-Anhalt v. 03.01.2006 - L 8 B 11/05 AY ER - juris Rn. 33 - FEVS 58, 19-23.

<sup>105</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 130.

<sup>106</sup> SG Frankfurt v. 16.01.2006 - S 20 AY 1/06 ER - juris Rn. 21 - SAR 2006, 59 f.; *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 Rn. 15.

<sup>107</sup> SG Frankfurt v. 16.01.2006 - S 20 AY 1/06 ER - juris Rn. 21 - SAR 2006, 59 f.; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 130; a.A.: *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 18 f.

<sup>108</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 76.



Fällen sollte § 6 Abs. 1 Alt. 2 AsylbLG – nach a.A. § 4 AsylbLG<sup>109</sup> – dahingehend verfassungskonform ausgelegt werden, dass das Niveau der Gesundheitsleistungen weitgehend dem **Recht der gesetzlichen Krankenversicherung** nach dem SGB V entspricht (vgl. die §§ 47-52 SGB XII).<sup>110</sup> Dies kann nach einem **Aufenthalt von zwei Jahren** unterstellt werden (vgl. Rn. 38 und die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 24).<sup>111</sup>

- 61.1** Leistungsberechtigte, die ohnehin gesetzlich krankenversichert sind (z.B. wegen Erwerbstätigkeit), haben seit der Neuregelung des menschenwürdigen Existenzminimums durch das Gesetz zur Änderung des AsylbLG und des SGG vom 10.12.2014 (BGBl I 2014, 2187) einen Anspruch auf Erstattung verauslagter Eigenanteile und Rezeptgebühren nach § 6 Abs. 1 Alt. 2 AsylbLG (BT-Drs. 18/2592, S. 24), weil bestimmte regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben der Abteilung 6 der EVS 2008 (Gesundheitspflege) bei der Bemessung der Geldleistungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG nicht berücksichtigt worden sind (vgl. auch Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 120).

*Aktualisierung vom 20.05.2015*

### **b. Einzelne Leistungsfälle (insb. Behandlung chronischer Erkrankungen)**

#### **aa. Behandlung chronischer Erkrankungen, Psychotherapiekosten**

- 62** Nach dem Leistungsumfang des § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG ist eine **Behandlung von chronischen Erkrankungen** (ohne einhergehende Schmerzen) bei den voraussichtlich nur vorübergehend in Deutschland lebenden Leistungsberechtigten grundsätzlich nicht als Leistung vorgesehen (vgl. hierzu die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 38 ff.).
- 63** Im Einzelfall kann jedoch die Behandlung einer chronischen Erkrankung und die Versorgung mit Arzneimitteln als sonstige Leistung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG beansprucht werden. Nach der Wertung aus § 4 Abs. 1 AsylbLG und dem gesetzgeberischen Willen, allein eine medizinische Notversorgung zu gewährleisten,<sup>112</sup> kommt ein entsprechender Leistungsanspruch in den ersten zwei Jahren des Aufenthalts in Deutschland (vgl. Rn. 38 und Rn. 61) **nur im Ausnahmefall** in Betracht.
- 64** Für diesen in der Praxis sehr problematischen Bereich haben sich in Rechtsprechung und Literatur **Auslegungskriterien** herausgebildet, soweit die Anwendbarkeit des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG überhaupt erkannt wird.<sup>113</sup> Neben den allgemeinen Auslegungskriterien (vgl. Rn. 36) sind insb. folgende Kriterien bei der Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG zu beachten:
- **Vorabprüfung:** Anwendbarkeit des **§ 6 Abs. 2 AsylbLG** bei Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG mit besonderen Bedürfnissen (vgl. Rn. 105 ff.) bzw. **richtlinienkonforme Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG** bei Personen mit besonderen Bedürfnissen nach Art. 15 Abs. 2, 17 EGRL 2003/9 oder Art. 7, 9 Abs. 2 EGRL 2004/81 (vgl. Rn. 23 ff.), **bisherige und voraussichtliche Aufenthaltsdauer** des Ausländers in Deutschland,
  - **Ausmaß und Intensität der Erkrankung** sowie drohende Gesundheitsfolgen bei Ablehnung der Behandlung,
  - **Ausschluss von gleichwertigen, kostengünstigeren Behandlungsalternativen.**

<sup>109</sup> Hohm in: AsylbLG, § 4 Rn. 14; Deibel, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 105; Deibel, ZFSH/SGB 2012, 582, 585.

<sup>110</sup> So die wohl vordringende Meinung in der Literatur, vgl. Hohm in: AsylbLG, § 4 Rn. 14; Deibel, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 105; Deibel, ZFSH/SGB 2012, 582, 585.

<sup>111</sup> Ebenso Hohm in: AsylbLG, § 4 Rn. 14; a.A.: Deibel, ZFSH/SGB 2012, 582, 585 (Angleichung der Versorgung nach einem Aufenthalt von einem Jahr).

<sup>112</sup> BT-Drs. 12/4451, S. 9; BT-Drs. 12/5008, S. 14.

<sup>113</sup> Vgl. etwa SG Aachen v. 02.06.2008 - S 20 AY 110/08 ER - juris Rn. 16; VG Magdeburg v. 29.10.2003 - 6 A 426/03 - juris Rn. 22.

- 65** Nach einem **bisherigen Aufenthalt in Deutschland** über einen Zeitraum von zwei Jahren ist nicht mehr von einem Kurzaufenthalt des Ausländers auszugehen und durch eine verfassungskonforme Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG eine dem gesetzlichen Krankenversicherungsrecht entsprechende medizinische Versorgung zu gewährleisten (vgl. Rn. 38 und Rn. 61 sowie die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 24).
- 66** Auch die **voraussichtliche Aufenthaltsdauer des Ausländers in Deutschland** ist bei der Gewährung von Leistungen wegen chronischer Erkrankungen von grundlegender Bedeutung.<sup>114</sup> Die entsprechenden Behandlungsmaßnahmen können sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und mit erheblichen Kosten verbunden sein.<sup>115</sup> Steht eine Aufenthaltsbeendigung unmittelbar bevor oder kann die begehrte Behandlung während des voraussichtlichen Aufenthalts in Deutschland nicht abgeschlossen werden, scheidet eine Leistungsgewährung regelmäßig aus.<sup>116</sup>
- 67** Entscheidend sind jedoch stets die Umstände des Einzelfalls, insbesondere der **Schweregrad der Erkrankung** und die **Dauer der begehrten Behandlung**.
- 68** Die größten Schwierigkeiten bereitet in der Praxis die **Beurteilung von Ausmaß und Intensität der Erkrankung, insbesondere bei psychischen Erkrankungen**.<sup>117</sup> Der medizinische Sachverhalt ist im Einzelfall von Amts wegen zu ermitteln (z.B. durch die Einholung von Befundberichten bzw. Stellungnahmen der behandelnden Ärzte, amtsärztliche Untersuchungen und ggf. durch fachärztliche Begutachtungen). Den **drohenden Gesundheitsfolgen bei einer Leistungsablehnung** kommt bei der Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG besonderes Gewicht zu (z.B. Versorgung von Diabetes Mellitus Typ I bei drohender Entgleisung; Gewährung von Fahrtkosten zum Behandlungszentrum für Folteropfer bei drohender Dekompensation).<sup>118</sup>
- 69** Bei der Leistungsgewährung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG ist stets eine **gleichwertige, kostengünstigere Behandlungsmaßnahme** vorzuziehen<sup>119</sup> (z.B. medikamentöse Behandlung einer Angst- oder Panikstörung statt Psychotherapie). Eine kostengünstigere amtsärztliche Versorgung geht in aller Regel einer Hausarzt- oder Facharztbehandlung bzw. einer stationären Behandlung vor, ebenso eine ausreichende medikamentöse Behandlung einer Therapie (Kurzzeittherapie vor Langzeittherapie). Leistungsberechtigte können **grundsätzlich keine freie Arztwahl** beanspruchen (vgl. die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 64), es sei denn, die Behandlung setzt ein **besonderes Vertrauensverhältnis** voraus (z.B. bei einer psychotherapeutischen Behandlung).
- 70** Die ab und an verwendete Formulierung, dass es nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG **keinen Anspruch auf eine optimale und bestmögliche Versorgung** gebe,<sup>120</sup> ist vor dem Hintergrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG (medizinische Notversorgung) und den Grundsätzen des gesetzlichen Krankenversicherungsrechts (vgl. § 12 Abs. 1 SGB V) eine **Leerformel ohne Gehalt**, vielmehr eine Selbstverständlichkeit.

<sup>114</sup> Vgl. etwa LSG Baden-Württemberg v. 11.01.2007 - L 7 AY 6025/06 PKH-B - juris Rn. 5 - SAR 2007, 45; VG Düsseldorf v. 02.10.2002 - 11 L 3762/02 - juris Rn. 3; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 21.

<sup>115</sup> Vgl. OVG Niedersachsen v. 06.07.2004 - 12 ME 209/04 - juris Rn. 9; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 166.

<sup>116</sup> Vgl. nur BT-Drs. 12/4451, S. 9; LSG Baden-Württemberg v. 11.01.2007 - L 7 AY 6025/06 PKH-B - juris Rn. 5 - SAR 2007, 45; vgl. etwa LSG Nordrhein-Westfalen v. 06.05.2013 - L 20 AY 145/11 - juris Rn. 67.

<sup>117</sup> *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 20.

<sup>118</sup> Vgl. VG Berlin v. 04.07.1997 - 8 A 366/97 - AsylbLG VII - zu § 6 (VG - Nr. 3); *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.5.2.1, S. 117.

<sup>119</sup> OVG Niedersachsen v. 06.07.2004 - 12 ME 209/04 - juris Rn. 9; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 166.

<sup>120</sup> So LSG Baden-Württemberg v. 11.01.2007 - L 7 AY 6025/06 PKH-B - juris Rn. 6 - SAR 2007, 45; SG Düsseldorf v. 17.05.2011 - S 42 (19,44,7) A Y 2/05 - juris Rn. 36; OVG Mecklenburg-Vorpommern v. 28.01.2004 - 1 O 5/04 - juris Rn. 19 - NVwZ-RR 2004, 902 f.; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 19.

**71** Für den im Leistungsrecht nach dem AsylbLG wegen der im Heimatland ggf. erlebten Traumatisierungen (Krieg, Folter, Vergewaltigung o.Ä.) sehr relevanten Bereich der Übernahme von **Psychotherapiekosten** gelten die o.g. Auslegungskriterien entsprechend. Die **Schwere der Erkrankung** und die **voraussichtliche Aufenthaltsdauer** des Ausländers in Deutschland sind von grundlegender Bedeutung.<sup>121</sup> Im Einzelfall kann die Kostenübernahme für einen vollstationären Aufenthalt auf Dauer als Leistung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG beansprucht werden (z.B. bei Vorliegen einer paranoid-halluzinatorischen Schizophrenie mit medikamentös nicht beeinflussbaren Einbrüchen und vorangegangener Suizidalität).<sup>122</sup>

#### **bb. Hilfsmittel i.S.d. § 33 SGB V**

**72** Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG können im Einzelfall Hilfsmittel i.S.d. § 33 Abs. 1 SGB V beansprucht werden, wenn diese nicht bereits durch die medizinische Notversorgung nach § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG bei akuter Erkrankung oder Schmerzzuständen zu gewähren sind.<sup>123</sup> Voraussetzung ist für eine Leistungsgewährung, dass die Hilfsmittel zur **Vermeidung von Krankheitsfolgen oder einer erhöhten Unfallgefahr** (z.B. bei einer Versorgung mit einem Hörgerät oder einer Brille)<sup>124</sup> dringend erforderlich sind.<sup>125</sup> Zu den Hilfsmitteln nach § 33 Abs. 1 SGB V zählen insbesondere **Brillen, Hörhilfen, Körperersatzstücke und orthopädische Hilfsmittel**.

**73** Wegen der Angleichung des Leistungsniveaus nach § 3 AsylbLG an das allgemeine Grundsicherungsrecht durch die Übergangsregel des BVerfG vom 18.07.2012<sup>126</sup> (vgl. hierzu ausführlich die Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 98 ff.) ist aber bei der Versorgung mit Hilfsmitteln auch die **Rechtsslage im SGB II bzw. SGB XII** zu berücksichtigen.<sup>127</sup> Die Gewährung von Hilfsmitteln, die über die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sowie ergänzend durch den im Regelbedarf (§ 20 SGB II) enthaltenen Anteil für Eigenanteile und Rezeptgebühren hinausgehen,<sup>128</sup> z.B. einer Brille<sup>129</sup>, scheidet regelmäßig aus.<sup>130</sup> Hierbei ist aber stets ein Vergleich der medizinischen Versorgung nach § 4 AsylbLG (vgl. die Kommentierung zu § 4 AsylbLG Rn. 38 ff.) mit derjenigen nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen.

#### **cc. Pflegesachleistungen**

**74** Als zur Sicherung der Gesundheit unerlässliche Leistung kann im Einzelfall in entsprechender Anwendung des **§ 65 SGB XII** (Vorgängervorschrift: § 69b BSHG) ein Anspruch auf **Pflegesachleistungen** bestehen, wenn die zur Erhaltung der Gesundheit unbedingt erforderlichen Leistungen nicht anderweitig erbracht werden können (z.B. durch Familienangehörige). Der Anspruch kann

<sup>121</sup> Vgl. etwa VG Düsseldorf v. 02.10.2002 - 11 L 3762/02 - juris Rn. 3.

<sup>122</sup> Vgl. VG Augsburg v. 17.10.2000 - Au 3 K 99.1236 - NVwZ-Beil 2001, 46-48.

<sup>123</sup> So auch *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 149; *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 4; *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 4.

<sup>124</sup> Vgl. VG Meiningen v. 01.06.2006 - 8 K 560/04.Me - juris Rn. 16 (Brille).

<sup>125</sup> Vgl. im Einzelnen *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 151-158.

<sup>126</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 98 ff.

<sup>127</sup> So auch *Deibel*, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 106.

<sup>128</sup> Vgl. hierzu BT-Drs. 17/3404, 58.

<sup>129</sup> Vgl. aber LSG Nordrhein-Westfalen v. 12.06.2013 - L 7 AS 138/13 B - juris Rn. 4 ff.

<sup>130</sup> In diese Richtung auch *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 12.

ggf. auf eine Geldleistung gerichtet sein, wenn die begehrte Pflegesachleistung vom Leistungsträger nicht rechtzeitig erbracht und deshalb vom Hilfebedürftigen entgeltlich durch Dritte beschafft wird. Ein Anspruch auf **Pflegegeld** besteht **in aller Regel nicht**.<sup>131</sup>

#### dd. Frauenhausaufenthalt

**75** Als zur Sicherung der Gesundheit unerlässliche Leistung i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG kommt auch die **Kostenübernahme für den vorübergehenden Aufenthalt** in einem Frauenhaus in Betracht.<sup>132</sup> Den von häuslicher und sexueller Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern können zur Gewährung von anonymem Schutz vor weiteren Angriffen und Gefährdungen ihrer körperlichen Unversehrtheit nicht nur die die Unterkunftskosten gewährt werden, sondern **im Einzelfall auch die Kosten für weitergehende Hilfestellungen** (therapeutische Maßnahmen, Beratung etc.). Die Leistungsgewährung für den Aufenthalt in einem Frauenhaus ist in aller Regel zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich, wenn die Betroffene ohne Obdach weiteren Gefährdungen durch den Täter ausgesetzt ist.<sup>133</sup>

**76** Für die Leistungserbringung ist nach **§ 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG** diejenige Behörde örtlich zuständig, in deren Bereich die Leistungsberechtigte ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt der Aufnahme in das Frauenhaus hat oder in den zwei Monaten vor der Aufnahme gehabt hat. Bei einem **Eilfall** ist nach § 10a Abs. 2 Satz 3 AsylbLG die nach § 10a Abs. 1 AsylbLG zuständige Behörde zur Leistung verpflichtet. In diesen Fällen ergibt sich der Erstattungsanspruch gegen den an sich zuständigen Träger aus § 10b Abs. 1 AsylbLG. Eines Rückgriffs auf § 36a SGB II (in analoger Anwendung) bedarf es nicht.<sup>134</sup>

### 5. Zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten (Alt. 3)

**77** Den zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern gebotenen Leistungen kommt vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des **BVerfG** zu Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG<sup>135</sup> und der **UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK)** vom 20.11.1989, die am 05.04.1992 für Deutschland in Kraft getreten ist,<sup>136</sup> eine wichtige Bedeutung zu.<sup>137</sup>

**78** Deutschland hat die UNKRK bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde als „Meilenstein des internationalen Rechts“ begrüßt, zugleich aber ausdrücklich festgehalten, dass die Konvention ausschließlich Staatenverpflichtungen begründe<sup>138</sup> und das Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht beschränke, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthalts zu erlassen sowie **Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern**

<sup>131</sup> Vgl. hierzu BVerfG v. 20.07.2001 - 5 B 50/01 - FEVS 53, 1 f.; VGH Bayern v. 19.10.2001 - 12 ZB 01.2208; VGH Bayern v. 06.04.2001 - 12 B 00.3269 - FEVS 53, 45; LSG Nordrhein-Westfalen v. 14.02.2011 - L 20 AY 28/08 - juris Rn. 62; *Deibel*, Sozialrecht aktuell 2013, 103, 106; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 162-164.

<sup>132</sup> Vgl. BT-Drs. 16/8651, S. 7; *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.5.4, S. 129; *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 23.

<sup>133</sup> Vgl. Stellungnahme des DV v. 18.06.2008 - DV 10/08 AF III (S. 18 f.).

<sup>134</sup> Vgl. zur Übernahme dieser Regelung in das AsylbLG die Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, S. 7 (abrufbar unter [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BV\\_StN\\_Asyblg\\_BMAS.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BV_StN_Asyblg_BMAS.pdf), zuletzt abgerufen am 24.04.2014).

<sup>135</sup> BVerfG v. 09.02.2010 - 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 - juris Rn. 190 ff.; BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 96.

<sup>136</sup> BGBl II 1992, 121.

<sup>137</sup> Vgl. zur UNKRK insb. *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 5; OVG Niedersachsen v. 25.02.1999 - 12 L 3799/98 - juris Rn. 19 - NVwZ-Beil. 1999, 54, 55.

<sup>138</sup> Bestätigend OVG Nordrhein-Westfalen v. 22.08.2006 - 18 B 1209/06, 18 E 717/06 - juris Rn. 12 - InfAuslR 2006, 495; VGH Bayern v. 14.02.2000 - 10 ZS 98.2539 - juris Rn. 8.

zu machen.<sup>139</sup> Diese Vorbehaltserklärung ist mit Kabinettsbeschluss vom 03.05.2010 zurückgenommen worden. Seit Mitte Juli 2010 ist die UNKRK in Deutschland vorbehaltlos gültig. Im Hinblick auf minderjährige Flüchtlinge soll damit den Ländern Anlass gegeben werden, „ihre legislative Praxis und die Gesetzesanwendung kritisch zu überprüfen.“<sup>140</sup> Insoweit ist die **UNKRK** bei der Auslegung des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG **besonders zu berücksichtigen** (vgl. auch Art. 18 Abs. 1 EGRL 2003/9), im Einzelnen: Art. 3 Abs. 1 UNKRK (Wohl des Kindes), Art. 23 UNKRK (Rechte und Versorgung körperlich oder geistig behinderter Kinder), Art. 24 UNKRK (Recht auf Höchstmaß an Gesundheit), Art. 27 UNKRK (angemessener Lebensstandard), Art. 28 UNKRK (Recht auf Bildung), Art. 31 UNKRK (Recht auf Ruhe, Freizeit, Spiel, altersgemäße aktive Erholung sowie Teilhabe am kulturellen und künstlerischen Leben).<sup>141</sup>

#### a. Abgrenzung von Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII

- 79** Die Leistungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG sind abzugrenzen von den vorrangigen Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII (vgl. insb. die §§ 27, 33, 34, 35a, 39, 40, 42, 89d SGB VIII), die auch Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG beanspruchen können (vgl. § 9 Abs. 2 AsylbLG).<sup>142</sup> Anders als die Leistungen nach dem AsylbLG zielt die Kinder- und Jugendhilfe darauf ab, die **Entwicklung junger Menschen zu fördern und die Erziehung in der Familie zu unterstützen und zu ergänzen**, vgl. § 8 Satz 2 SGB I. Es sind erzieherische Leistungen, also Dienstleistungen i.S.d. § 11 Satz 2 SGB I. Leistungen nach dem AsylbLG bezwecken hingegen die Existenzsicherung.<sup>143</sup>
- 80** Konkurrieren Ansprüche nach dem SGB VIII und dem AsylbLG miteinander und sind die geltend gemachten Leistungen gleichartig, einander überschneidend oder deckungsgleich, ist für die rechtliche Einordnung einer beanspruchten Leistung deren **Ursache, Zielrichtung und Charakter** maßgeblich.<sup>144</sup> Steht ein Erziehungsdefizit im Vordergrund, liegen Hilfen zur Erziehung i.S.d. §§ 27 ff. SGB VIII vor; dies gilt u.U. auch dann, wenn die Sorgeberechtigten ihrem durch eine Behinderung des Kindes erschwerten Erziehungsauftrag nicht gewachsen sind (z.B. Betreuung eines Kindes in einer Pflegefamilie bei nicht intakten Familienverhältnissen nach §§ 27, 33 SGB VIII).<sup>145</sup>

<sup>139</sup> Vgl. Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, I. und IV. – abgedr. in: *Renner*, Ausländerrecht, 5 Texte 8.5.

<sup>140</sup> Presseerklärung des BMJ v. 05.05.2010 ([www.bmj.bund.de](http://www.bmj.bund.de), abgerufen am 24.04.2014).

<sup>141</sup> Vgl. *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 5.

<sup>142</sup> BVerwG v. 24.06.1999 - 5 C 24/98 - NVwZ 2000, 325, 327; vgl. OVG Nordrhein-Westfalen v. 30.04.2004 - 12 B 308/04 (Betreuung in einer Pflegefamilie); vgl. auch *Wapler*, RdJH 2012, 219, 230 f.

<sup>143</sup> BVerwG v. 24.06.1999 - 5 C 24/98 - juris Rn. 30 - NVwZ 2000, 325, 327; vgl. *Kunke*, NVwZ 1994, 352, 354 f.

<sup>144</sup> Vgl. OVG Nordrhein-Westfalen v. 30.04.2004 - 12 B 308/04 - juris Rn. 16-18; zur Abgrenzung von Eingliederungs- und Jugendhilfeleistungen: BSG v. 24.03.2009 - B 8 SO 29/07 R - juris Rn. 17 ff. und BVerwG v. 23.09.1999 - 5 C 26/98 - juris Rn. 12-14 (zu § 10 Abs. 2 SGB VIII).

<sup>145</sup> Vgl. OVG Nordrhein-Westfalen v. 30.04.2004 - 12 B 308/04 - juris Rn. 22.

### b. Tatbestand

- 81** Kinder i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG sind nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 AsylbLG **alle minderjährigen Grundleistungsberechtigten**.<sup>146</sup> Bei der Begriffsbestimmung ist die Altersgrenze des § 7 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII, nach dem Kind ist, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, nicht heranzuziehen; das AsylbLG ist kein besonderer Teil des SGB (vgl. § 68 SGB I) und § 9 AsylbLG verweist nicht auf das SGB VIII.<sup>147</sup>
- 82** Anders als die übrigen Fallgruppen der Norm ist der Begriff der besonderen Bedürfnisse von Kindern nur eingeschränkt einzelfallbezogen auszulegen. Nach ganz h.M. fallen **auch typische Bedarfslagen** von Kindern unter diese Fallgruppe, insbesondere Schulbedarf.<sup>148</sup> Der zur Sicherstellung des menschenwürdigen Existenzminimums zu deckende Bedarf hat sich an kindlichen Entwicklungsphasen auszurichten und an dem, was für die **Persönlichkeitsentfaltung eines Kindes** erforderlich ist.<sup>149</sup> Die Bedürfnisse des täglichen Lebens sind jedoch grundsätzlich nicht durch sonstige Leistungen zu decken. für **Spielzeug** sind neben dem Barbetrag nach § 3 Abs. 1 Satz 4 AsylbLG nach der Übergangsregelung des BVerfG vom 18.07.2012 sonstige Leistungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG in aller Regel nicht zu gewähren.<sup>150</sup>
- 83** Die Auslegung des Begriffes „**geboten**“ hat sich an ggf. abweichenden Bedarfen aufgrund eines nur vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland (voraussichtliche Aufenthaltsdauer) und an den Vorgaben der **UNKRK** andererseits (u.a. Vorrang des Wohles des Kindes nach Art. 3 UNKRK, vgl. Rn. 77) auszurichten.

### c. Einzelne Leistungsfälle

#### aa. Leistungen für Bildung und Teilhabe

- 84** Nach der Entscheidung des BVerfG vom 18.07.2012 ist es aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG) geboten, auch im AsylbLG die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft durch einen Anspruch zu sichern.<sup>151</sup> Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung des Existenzminimums im AsylbLG gelten für nach den §§ 1, 3 AsylbLG leistungsberechtigte<sup>152</sup> Kinder und Jugendliche die Vorschriften über die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach den **§§ 28-30 SGB II** bzw. **§§ 34-34b SGB XII** entsprechend.<sup>153</sup> Dies sieht auch der erste Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG vor.<sup>154</sup> Da die Leistungen nach dem AsylbLG unabhängig

<sup>146</sup> *Deibel*, ZAR 1995, 57, 61; *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 5; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 24.

<sup>147</sup> *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 24.

<sup>148</sup> Vgl. OVG Niedersachsen v. 25.02.1999 - 12 L 3799/98 - juris Rn. 18 - NVwZ-Beil. 1999, 54, 55.

<sup>149</sup> BVerfG v. 09.02.2010 - 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 - juris Rn. 191.

<sup>150</sup> So schon BVerwG v. 13.12.1990 - 5 C 17/88 - juris Rn. 12 - BVerwGE 87, 212 (zu § 12 BSHG); *Deibel*, ZAR 1995, 57, 63; zur Rechtslage bis zum Inkrafttreten der Übergangsregelung des BVerfG vgl. auch die Voraufgabe *Frerichs* in: jurisPK-SGB XII, 1. Aufl. 2011, § 6 AsylbLG Rn. 76.

<sup>151</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris Rn. 96.

<sup>152</sup> Bei Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG sind die §§ 34-34a SGB XII ohnehin entsprechend anwendbar, vgl. BT-Drs. 17/4154, 58.

<sup>153</sup> SG Hildesheim v. 12.12.2012 - S 42 AY 100/11 - juris Rn. 24-28; Kommentierung zu § 34 SGB XII Rn. 25; *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 10; *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 5; so schon *Groth*, jurisPR-SozR 8/2011, Anm. 1; vgl. auch die Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Bildungspaket, NDV 2012, 7, 9.

<sup>154</sup> Art. 1 Ziff. 2 Buchstabe b des Entwurfs, abrufbar unter [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BMAS\\_Entwurf\\_AsyblbLG\\_041212.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BMAS_Entwurf_AsyblbLG_041212.pdf) (zuletzt abgerufen am 24.04.2014).

von einem Antrag oder der Kenntnis der Behörde erbracht werden,<sup>155</sup> gilt jedoch bis zur Aufnahme einer ausdrücklichen Verweisung auf die §§ 34-34a SGB XII **kein Antragserfordernis** (anders § 34a Abs. 1 Satz 1 SGB XII).

**85** Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG i.V.m. § 28 SGB II, § 34 SGB XII besteht nach den Maßgaben der §§ 28-30 SGB II bzw. §§ 34-34b SGB XII (vgl. die Kommentierung zu § 34 SGB XII Rn. 33 ff.) grundsätzlich ein Anspruch auf **Leistungen für**

- **Schulausflüge** und **mehrtägige Klassenfahrten** im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen<sup>156</sup> (§ 28 Abs. 2 SGB II, § 34 Abs. 2 SGB XII),
- die **Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf** i.H.v. 70 € im ersten und 30 € im zweiten Schulhalbjahr (§ 28 Abs. 3 SGB II, § 34 Abs. 3 SGB XII),
- **Schülerbeförderung**<sup>157</sup> (§ 28 Abs. 4 SGB II, § 34 Abs. 4 SGB XII),
- **Lernförderung** (§ 28 Abs. 5 SGB II, § 34 Abs. 5 SGB XII),
- die **Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung** (§ 28 Abs. 6 SGB II, § 34 Abs. 6 SGB XII) und
- die **Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft** (§ 28 Abs. 7 SGB II, § 34 Abs. 7 SGB XII).

**86** Allenfalls in Einzelfällen kann der Bedarf für Bildung und Teilhabe im AsylbLG unter Berücksichtigung der bisherigen und voraussichtlichen **Aufenthaltsdauer** des Ausländers in Deutschland abweichen.<sup>158</sup> Bei einem tatsächlich nur vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland kann etwa die Gewährung von Leistungen nach § 28 Abs. 7 SGB II bzw. § 34 Abs. 7 SGB XII für Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit (Nr. 1), für Unterricht in künstlerischen Fächern (Nr. 2) oder für die Teilnahme an Freizeiten, z.B. Ferienzeltlager (Nr. 3), ausgeschlossen sein.<sup>159</sup>

### 86.1 Rechtslage ab 01.03.2015

Seit der Neuregelung des menschenwürdigen Existenzminimums durch das Gesetz zur Änderung des AsylbLG und des SGG vom 10.12.2014 (BGBl I 2014, 2187) werden Leistungen für Bildung und Teilhabe nicht mehr gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 AsylbLG erbracht, sondern gem. § 3 Abs. 3 AsylbLG (vgl. hierzu die Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 166 ff.).

*Aktualisierung vom 20.05.2015*

#### bb. Eingliederungshilfe für behinderte Kinder

**87** Obwohl Leistungen der gesellschaftlichen Teilhabe nach dem AsylbLG mangels anerkanntem Integrationsbedarf in die deutsche Gesellschaft in aller Regel nicht beansprucht werden können,<sup>160</sup> ist im Einzelfall die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe i.S.d. § 54 SGB XII **zur Deckung besonderer Bedürfnisse von behinderten Kindern** geboten (vgl. Art. 23 UNKRK).

<sup>155</sup> BSG v. 30.10.2013 - B 7 AY 2/12 R - juris Rn. 21.

<sup>156</sup> Vgl. hierzu auch in der Voraufgabe *Frerichs* in: jurisPK-SGB XII, 1. Aufl. 2011, § 6 AsylbLG Rn. 80.

<sup>157</sup> Vgl. SG Hildesheim v. 12.12.2012 - S 42 AY 100/11 - juris Rn. 24 ff.

<sup>158</sup> Vgl. *Deibel*, ZFSH/SGB 2012, 582, 587; *Groth*, jurisPR-SozR 8/2011, Anm. 1.

<sup>159</sup> So *Deibel*, ZFSH/SGB 2012, 582, 587.

<sup>160</sup> OVG Schleswig-Holstein v. 09.09.1998 - 1 M 98/98 - juris Rn. 1 - FEVS 49, 325 f.; OVG Niedersachsen v. 06.07.2004 - 12 ME 209/04 - juris Rn. 9; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 166.

Dies setzt voraus, dass nur durch diese Leistungen die Versorgung des behinderten Kindes, insb. der Besuch der Schule oder einer vergleichbaren Einrichtung (vgl. § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII), gesichert ist.<sup>161</sup>

### 88 Einzelfälle aus der Rechtsprechung

- Vollstationäre Unterbringung eines hochgradig sehbehinderten Kindes in einer **Schule für Sehbehinderte**,<sup>162</sup>
- Aufnahme eines mehrfach behinderten Kindes in einen **integrativen Kindergarten**,<sup>163</sup>
- Stellung eines Schulbegleiters bzw. **Integrationshelfers** für den Besuch einer Förderschule.<sup>164</sup>

**88.1** Zur Stellung einer **Individualbegleitung** für den Besuch eines behinderten Kindes (frühkindlicher Autismus verbunden mit diversen Entwicklungsstörungen) in einer schulvorbereitenden Einrichtung gem. § 6 AsylbLG und zur **Abgrenzung von Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII** und Eingliederungshilfe nach §§ 53, 54 SGB XII vgl. Bayerisches LSG v. 21.01.2015 (L 8 SO 316/14 B ER - juris Rn. 37 ff.).

*Aktualisierung vom 04.05.2015*

## 6. Zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich (Alt. 4)

**89** Die vierte Tatbestandsalternative des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG stellt mit Blick auf die übrigen atypischen Bedarfslagen **eine besondere Fallgruppe** dar, die sich nicht auf eine ergänzende Erbringung von existenzsichernden Leistungen i.S.d. §§ 3, 4 AsylbLG erstreckt, sondern auf erforderliche Leistungen zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht.

### a. Tatbestand

**90** Der Rechtsbegriff der verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG ist weder legal definiert noch durch die Gesetzgebungsmaterialien konkretisiert. Er umfasst nach dem Wortlaut der Norm **alle dem Verwaltungsrecht zuzurechnenden Mitwirkungspflichten**, insbesondere solche, die sich aus dem AsylbLG, AsylVfG, AufenthG und aus den Verwaltungsverfahrgesetzen der Länder ergeben.<sup>165</sup>

**91** Der Ausnahmecharakter der Fallgruppe i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG ist mit der **sachlichen Nähe des Leistungsgesetzes zum Asyl- und Aufenthaltsrecht** und dem noch ungewissen Aufenthaltsstatus des Ausländers zu erklären.<sup>166</sup> Vor dem Hintergrund der Leistungsgewährung nach § 3 AsylbLG auf niedrigem Niveau soll die abweichende Leistungserbringung den Betroffenen vor leistungs-, ausländer- oder strafrechtlichen Nachteilen bewahren (insb. im Asylanerkennungsverfahren) und zugleich einen zügigen **Ablauf des asyl- bzw. aufenthaltsrechtlichen Verfahrens** durch eine kooperative Mitwirkung ermöglichen.<sup>167</sup>

<sup>161</sup> VG Sigmaringen v. 02.04.2003 - 5 K 781/02 (Schule für Sehbehinderte); vgl. auch OVG Niedersachsen v. 25.02.1999 - 12 L 3799/98 - NVwZ-Beil. 1999, 54 f. (Tagesbildungsstätte für Behinderte); VG München v. 26.06.2002 - M 18 K 01.4925 (integrativer Kindergarten); *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 5; *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 5.

<sup>162</sup> VG Sigmaringen v. 02.04.2003 - 5 K 781/02; vgl. auch OVG Niedersachsen v. 25.02.1999 - 12 L 3799/98 - NVwZ-Beil. 1999, 54 f.

<sup>163</sup> VG München v. 26.06.2002 - M 18 K 01.4925; vgl. auch VG Schleswig v. 21.08.1998 - 13 B 159/98 - abgedr. in AsylbLG – VII – zu § 6 (VG – Nr. 6).

<sup>164</sup> SG Hildesheim v. 30.08.2012 - S 42 AY 140/12 ER - juris Rn. 32 ff.

<sup>165</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 34 - SAR 2008, 92, 95; *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 23.

<sup>166</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 40 - SAR 2008, 92, 95.

<sup>167</sup> Vgl. *Classen*, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, 2. Aufl. 2008, Kap. 6.5.4, S. 128; ähnlich *Scheurer*, InfAuslR 1994, 265, 272; *Röseler/Meyer* in: Huber, Handbuch des Ausländer- und Asylrechts, (vergriffen), § 6 AsylbLG Rn. 22.



**92** Die wohl h.M. in der Literatur<sup>168</sup> setzt hingegen einen **sachlichen Zusammenhang der Mitwirkungspflicht mit der Leistungsgewährung nach dem AsylbLG** voraus, also mit der Sicherstellung des Existenzminimums bei einem weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet. Danach soll eine Leistungsgewährung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AsylbLG insb. ausgeschlossen sein bei **Leistungen für die Ausreise des Leistungsberechtigten bzw. deren Vorbereitung** (Kosten der Ausreise bzw. zur Beschaffung von Ausreisedokumenten, Fahrtkosten zur Auslandsvertretung, um die Ausreise vorzubereiten).<sup>169</sup> Für eine solche Einschränkung des Anwendungsbereichs des § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG enthalten weder der Gesetzeswortlaut, die Systematik des Gesetzes noch die Gesetzgebungsmaterialien hinreichende Anhaltspunkte.<sup>170</sup> Soweit Leistungen für eine freiwillige Ausreise aus dem Bundesgebiet betroffen sind, hat die Auffassung **nur geringen Praxisbezug**, da die zuständigen Leistungsbehörden bei erklärter Ausreisebereitschaft ohnehin die notwendigen Kosten nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG übernehmen. Hierzu können sie auch nach den landesrechtlichen Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des AsylbLG verpflichtet sein.<sup>171</sup> Die einschränkende Auslegung führt auch **zu widersprüchlichen Ergebnissen**, weil nach h.M. Leistungen zur Erfüllung asylverfahrensrechtlicher Mitwirkungspflichten nach § 15 AsylVfG erbracht werden können, obwohl sie nicht in einem sachlichen Zusammenhang mit der Bewilligung von Leistungen nach dem AsylbLG stehen.<sup>172</sup>

**93 Erforderlich** sind sonstige Leistungen i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG, wenn sie zur Erfüllung der Mitwirkungspflicht **objektiv notwendig** sind, also die einhergehenden Aufwendungen nicht anderweitig bestritten werden können.<sup>173</sup> Das Tatbestandsmerkmal bezieht sich auf die Leistung zur Erfüllung der Mitwirkungspflicht und nicht darauf, ob die Mitwirkung im Verwaltungsverfahren selbst erforderlich ist (str.).<sup>174</sup> Vorrangig ist etwa die Inanspruchnahme von **humanitären Hilfsprogrammen**, die die **freiwillige Rückkehr bzw. Weiterwanderung** fördern (z.B. REAG/GARP,<sup>175</sup> vgl. hierzu auch die Kommentierung zu § 11 AsylbLG Rn. 18 ff.).

#### **b. Einzelne Leistungsfälle (verwaltungsrechtliche Mitwirkungspflichten)**

**94** Mitwirkungspflichten i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG können sich insbesondere aus dem Leistungsgesetz selbst nach **§ 7 Abs. 4 AsylbLG i.V.m. §§ 60-62 SGB I, § 99 SGB X** (Mitwirkungspflichten bei der Ermittlung des Leistungsanspruchs, Auskunftspflichten von Angehörigen, Unterhaltspflichtigen oder sonstigen Personen) und **§ 8a AsylbLG** (Meldepflicht bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit) ergeben. § 65a SGB I ist für den Aufwendungsersatz nicht heranzuziehen, weil § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG als Spezialregelung vorgeht.<sup>176</sup> Erstattungsfähig sind auch Kosten,

<sup>168</sup> *Deibel*, ZAR 1995, 57, 63 f.; *Deibel*, ZAR 1998, 28, 32; *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 23; *Adolph* in: Linhart/Adolph/Gröschel-Gundermann, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 31; so auch VG Düsseldorf v. 10.11.2005 - 11 K 6380/04 - juris Rn. 26; SG Hannover v. 21.09.2007 - S 53 AY 83/06 - juris Rn. 14 (Passbeschaffungskosten).

<sup>169</sup> Vgl. *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 23.

<sup>170</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 41 - SAR 2008, 92, 95; i.E. ebenso *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 6; *Wahrendorf* in: Grube/Wahrendorf, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 15; *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 19.

<sup>171</sup> Vgl. VG München v. 03.04.2001 - M 6b K 99.1464 - juris Rn. 30 f.

<sup>172</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 232.

<sup>173</sup> *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 6; *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 Rn. 23.

<sup>174</sup> *Fasselt* in: Fichtner/Wenzel, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 6; *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 226 f.; a.A. VG München v. 03.04.2001 - M 6b K 99.1464 - juris Rn. 27.

<sup>175</sup> Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG); Government Assisted Repatriation Programme (GARP).

<sup>176</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 229.

die durch die auferlegte **Mitwirkung bei der Leistungsgewährung** anfallen, also ggf. notwendige Fahrtkosten (ÖPNV), um Sach- oder Ersatzleistungen nach § 3 AsylbLG beim Sozialamt oder anderen Bezugsstellen (Kleiderkammer etc.) in Empfang zu nehmen (vgl. § 3 Abs. 4 AsylbLG).<sup>177</sup>

- 95** Ausländerrechtliche Mitwirkungspflichten<sup>178</sup> bestehen insbesondere gem. **§ 48 Abs. 3 Satz 1 AufenthG i.V.m. § 56 AufenthV, § 82 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 AufenthG** (Mitwirkungspflichten zur Vorlage oder Beschaffung eines Identitätspapiers bzw. Passes oder Passersatzes, Darlegungs- und Nachweispflichten für den Ausländer begünstigende Umstände, Anordnung des persönlichen Erscheinens bei der zuständigen Behörde oder der Auslandsvertretung des Betroffenen) und nach den **§§ 15, 20 Abs. 1, 22, 25 AsylVfG** (asylverfahrensrechtliche Mitwirkungspflichten, u.a. bei der Sachverhaltsaufklärung). Im Einzelfall sind übernahmefähig **Fahrtkosten zu Ausländer- und Asylbehörden** bei Anordnung des persönlichen Erscheinens (vgl. § 82 Abs. 4 Satz 1 AufenthG, § 15 Abs. 2 Nr. 3 AsylVfG), Aufwendungen für **Passfotos** für eine Aufenthaltsgestattung, Grenzübertrittsbescheinigung oder einen Passantrag (vgl. § 60 Abs. 2 AufenthV), **Beschaffungs- und Übersetzungskosten von Dokumenten** für das Asylverfahren (§ 15 Abs. 2 Nr. 5 AsylVfG) etc.,<sup>179</sup> soweit nicht eine Gebührenbefreiung eingreift (vgl. etwa §§ 52, 53 AufenthV).
- 96** Kosten von **Gerichtsverfahren** (auch Fahrtkosten zum Gerichtstermin) sind wegen der vorrangigen Leistungen der Prozesskosten- und Beratungshilfe grundsätzlich nicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG zu erstatten.<sup>180</sup>

### c. Ermessensentscheidung der Leistungsbehörde

- 97** Nach der hier vertretenen Meinung kommt der Ermessensentscheidung über die Leistungsgewährung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG eine **besondere Bedeutung** zu, weil die Auslegung des Begriffs der verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflichten i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG und des Tatbestandsmerkmals der Erforderlichkeit der Leistung keine restriktive Einschränkung erfährt. Bei der Ermessensentscheidung hat die Leistungsbehörde, die konkreten Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen, insbesondere drohende **ausländer-, leistungs- oder strafrechtliche Konsequenzen** für den Ausländer und das durch die Erfüllung der Mitwirkungspflicht verfolgte Ziel.
- 98** Für eine Leistungsgewährung spricht insbesondere die Gefahr, dass der **Asylantrag** gem. § 30 Abs. 3 Nr. 5 AsylVfG als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden kann, wenn der Ausländer seine Mitwirkungspflichten nach den §§ 15 Abs. 2 Nr. 3-5, 25 Abs. 1 AsylVfG (mangels finanzieller Mittel) gröblich verletzt.<sup>181</sup> Entsprechendes gilt für die Erfüllung von **Mitwirkungspflichten aus den §§ 48, 49, 82 Abs. 4 AufenthG, §§ 15, 16 AsylVfG**, wenn deren wiederholte oder gröbliche Verletzung im Zusammenhang mit der Feststellung der Identität und der Beschaffung gültiger Heimreisedokumente der zukünftigen Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegenstehen kann (vgl. § 25 Abs. 3 Satz 2 AufenthG)<sup>182</sup> oder **leistungsrechtliche Nachteile gem. § 1a Abs. 1 Nr. 2 AsylbLG** nach sich ziehen würde.<sup>183</sup> Hierbei ist grundlegend zu berücksichtigen, dass die behördliche Sachverhaltsaufklärung asyl- und aufenthaltsrechtlich durch eine besonders ausgestaltete

<sup>177</sup> Vgl. *Röseler/Meyer* in: Huber, Handbuch des Ausländer- und Asylrechts, § 6 AsylbLG Rn. 24-26.

<sup>178</sup> Vgl. hierzu allg. *Franßen-de la Cerda*, ZAR 2010, 81-90.

<sup>179</sup> Vgl. auch *Hammel*, InfAuslR 2012, 137, 138.

<sup>180</sup> *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 27; *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 6.

<sup>181</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG § 6 Rn. 232.

<sup>182</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 37 - SAR 2008, 92, 94 f.; vgl. auch *Renner*, Ausländerrecht, § 25 AufenthG Rn. 26-28.

<sup>183</sup> Vgl. OVG Nordrhein-Westfalen v. 05.06.2008 - 18 E 471/08 - juris Rn. 14.

Darlegungs- und Nachweispflicht des Ausländers bzw. Asylsuchenden modifiziert wird; es ist ur-eigene Aufgabe des Ausländers, insb. für ihn günstige Umstände und Tatsachen hinreichend zu substantiieren.<sup>184</sup> Aus eigenem Verhalten sich ergebende Nachteile hat der Ausländer grundsätzlich hinzunehmen.<sup>185</sup> Verspätetes Vorbringen kann nach Maßgabe des § 82 Abs. 1 Satz 4 AufenthG präkludiert sein. Eine unzureichende Mitwirkung bei der Sachverhaltsermittlung kann für den Ausländer sowohl bei der Beweiswürdigung als auch bei behördlichen Ermessensentscheidungen nachteilige Folgen haben.<sup>186</sup>

- 99 Strafrechtliche Konsequenzen** können dem Ausländer bei der Verletzung der Mitwirkungspflicht zur Beschaffung eines Heimatpasses nach § 48 Abs. 3 Satz 1 AufenthG gem. § 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG drohen, wenn der **Ausweispflicht** i.S.d. § 48 Abs. 2 AufenthG i.V.m. §§ 56, 57 AufenthV (vgl. auch § 64 AsylVfG) nicht durch einen Ausweisersatz nach § 48 Abs. 2 AufenthG (Bescheinigung über einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung) genügt wird.<sup>187</sup>
- 100** Neben den **Erfolgsaussichten**, den verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflichten entsprechen zu können<sup>188</sup> (z.B. aussichtslose Dokumenten- oder Passbeschaffung mangels Kooperation des Herkunftsstaats oder wegen der Täuschung über die wahre Identität), kann auch **das zurückliegende Verhalten des Ausländers** in die Ermessensentscheidung einfließen (z.B. zweckentfremdete Verwendung bereits gewährter Beihilfen; erstmalige Initiative zur Passbeschaffung zur Inanspruchnahme einer Altfall- bzw. Bleiberechtsregelung).
- 101** Auch der **mit der Erfüllung einer Mitwirkungspflicht verfolgte Zweck** ist bei der Ermessensentscheidung zu berücksichtigen. Einer Verbesserung des aufenthaltsrechtlichen Status bzw. einer vom Gesetzgeber eingeräumten **Bleibeperspektive in Deutschland** (z.B. aufgrund einer Altfall- bzw. Bleiberechtsregelung) ist hierbei besonderes Gewicht beizumessen,<sup>189</sup> aber auch der bevorstehenden Aufenthaltsbeendigung bei erklärter **Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise** aus dem Bundesgebiet.<sup>190</sup>

## 7. Leistungen bei sonstigen atypischen Bedarfslagen (Satz 1)

- 102** Nach dem Wortlaut des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG, dem vorangestellten Wort insbesondere, sind die mit den Fallgruppen berücksichtigten Sonderbedarfe nicht abschließend. Bei Vorliegen von atypischen Bedarfslagen bzw. „außergewöhnlicher Umstände“<sup>191</sup> vergleichbarer Art können sonstige Leistungen **nach pflichtgemäßem Ermessen** gewährt werden. Entscheidend sind stets die Umstände des Einzelfalls.

<sup>184</sup> Vgl. Renner, Ausländerrecht, § 82 AufenthG Rn. 2, 4, § 15 AsylVfG Rn. 3.

<sup>185</sup> OVG Nordrhein-Westfalen v. 20.05.2008 - 18 A 209/07 - juris Rn. 8.

<sup>186</sup> Vgl. hierzu Franßen-de la Cerda, ZAR 2010, 81, 84-86.

<sup>187</sup> Vgl. Renner, Ausländerrecht, § 95 AufenthG Rn. 5 f.

<sup>188</sup> Vgl. VGH Bayern v. 03.04.2006 - 12 C 06.526 - juris Rn. 2.

<sup>189</sup> LSG Nordrhein-Westfalen v. 10.03.2008 - L 20 AY 16/07 - juris Rn. 45 - SAR 2008, 92, 96; Röseler/Meyer in: Huber, Handbuch des Ausländer- und Asylrechts, § 6 AsylbLG Rn. 27.

<sup>190</sup> Vgl. VG München v. 03.04.2001 - M 6b K 99.1464 - juris Rn. 33 f.

<sup>191</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16.

- 103** Ein anerkannter Leistungsfall i.S.d. § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG liegt nach der Gesetzesbegründung insbesondere bei einem **Todesfall** vor,<sup>192</sup> der teilweise auch unter die erste<sup>193</sup> oder vierte<sup>194</sup> Tatbestandsalternative des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG subsumiert wird.<sup>195</sup> In Anlehnung an § 74 SGB XII ist leistungsberechtigt der zur Kostentragung Verpflichtete (i.d.R. der Erbe nach § 1368 BGB).<sup>196</sup> Übernahmefähig sind die Kosten für eine menschenwürdige Bestattung einfacher Art, nicht hingegen Kosten für Todesanzeigen, Danksagungen, die Trauerfeier oder die Überführung in das Heimatland.<sup>197</sup>
- 104** Die vom Gesetzgeber weiterhin bedachten Beispiele des **besonderen Hygienebedarfs** oder des Bedarfs bei **körperlichen Beeinträchtigungen**<sup>198</sup> können einen Leistungsanspruch nach § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG nur begründen, wenn der einhergehende Bedarf nicht bereits durch die Leistungsgewährung nach den §§ 3, 4 AsylbLG oder nach den Fallalternativen des § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG zu decken ist (z.B. die Versorgung mit Hilfsmitteln als zur Sicherung der Gesundheit unerlässliche Leistung, vgl. Rn. 72 f.). Nach den Umständen des Einzelfalls kann über eine **weitergehende Versorgung nach pflichtgemäßem Ermessen** entschieden werden (z.B. Übernahme von Fahrtkosten bei Gehbehinderung<sup>199</sup>).
- 104.1** Seit der Neuregelung des menschenwürdigen Existenzminimums durch das Gesetz zur Änderung des AsylbLG und des SGG vom 10.12.2014 (BGBl I 2014, 2187) sollen gem. § 6 AsylbLG auch besondere Bedarfe an Verkehrsdienstleistungen oder Nachrichtenübermittlung (Abteilungen 7 und 8 der EVS 2008) gedeckt werden, sofern dies im Einzelfall gerechtfertigt ist (BT-Drs. 18/2592, S. 23). Hintergrund dieser Leistungsgewährung ist der Umstand, dass der Gesetzgeber keine eigene Erhebung eines ggf. abweichenden Verbrauchsverhaltens von Leistungsberechtigten nach §§ 1, 3 AsylbLG durchgeführt hat (vgl. auch die Kommentierung zu § 3 AsylbLG Rn. 49 f.). Die Ermittlung dieser Leistung aufgrund abweichender Bedarfslagen ist sehr problematisch und im Einzelfall schwierig, insbesondere wegen Grund, Höhe und Rechtfertigung der Leistung. In der Gesetzesbegründung wird beispielsweise ein Mehrbedarf „für die Fahrt zu einem weiterentfernten Rechtsanwalt“ oder aufgrund eines abweichenden Telekommunikationsverhaltens wegen „Häufigkeit und Dauer von Auslandstelefonaten“ genannt (vgl. auch die Stellungnahme des Flüchtlingsrats Berlin e.V., Ausschussdrucksache 18(11)220, S. 25 f.).

Aktualisierung vom 20.05.2015

## V. Privilegierte Versorgung (Absatz 2)

- 105** § 6 Abs. 2 AsylbLG setzt Art. 13 Abs. 4 EGRL 2001/55<sup>200</sup> um und sieht eine über den Leistungsumfang der §§ 4 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG hinausgehende Versorgung für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG mit besonderen Bedürfnissen vor.<sup>201</sup>

<sup>192</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16.

<sup>193</sup> So *Birk* in: LPK-SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 3; *Deibel*, ZAR 1995, 57, 62 f.

<sup>194</sup> So *Scheurer*, InfAusIR 1994, 265, 272.

<sup>195</sup> Vgl. *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 257-259.

<sup>196</sup> Vgl. hierzu BSG v. 29.09.2009 - B 8 SO 23/08 R - juris Rn. 13; *H. Schellhorn* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 74 Rn. 5.

<sup>197</sup> *Hohm* in: Schellhorn/Schellhorn/Hohm, SGB XII, § 6 AsylbLG Rn. 29.

<sup>198</sup> BT-Drs. 13/2746, S. 16.

<sup>199</sup> *Hohm* in: AsylbLG, § 6 Rn. 273.

<sup>200</sup> ABl. EU Nr. L 212 S. 12.

<sup>201</sup> BT-Drs. 15/4173, S. 28.

## 1. Tatbestand

- 106** Von § 6 Abs. 2 AsylbLG sind allein **Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG** erfasst, die nach dem AsylbLG leistungsberechtigt, also „wegen des Krieges im Heimatland“ (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 3 AsylbLG) aufgrund eines Ratsbeschlusses der EU i.S.d. Art. 5 EGRL 2001/55<sup>202</sup> im Bundesgebiet aufgenommen worden sind (vgl. auch die Kommentierung zu § 1 AsylbLG Rn. 91).
- 107** Die privilegierte Versorgung ist nur für **Personen mit besonderen Bedürfnissen** vorgesehen. § 6 Abs. 2 AsylbLG gibt insoweit den bloßen Wortlaut von Art. 13 Abs. 4 EGRL 2001/55 wieder. Als Leistungsberechtigte werden beispielsweise aufgeführt
- **unbegleitete Minderjährige oder**
  - **Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.**
- 108** Wegen des vorangestellten Wortes „beispielsweise“ ist die **Aufzählung der Betroffenen nicht abschließend**. Bei vergleichbaren und gleichgewichtigen Bedürfnissen von Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Abs. 1 AufenthG kommt ebenfalls eine Versorgung nach § 6 Abs. 2 AsylbLG in Betracht.<sup>203</sup>
- 109** Die Leistungen erstrecken sich auf die erforderlichen medizinischen oder sonstigen Hilfen und betreffen nach dem Willen des Gesetzgebers insbesondere die **medizinische Behandlung von physischen und psychischen Langzeitfolgen einer Verfolgung**, die sich nicht bereits als akute Erkrankung oder akuter Schmerzzustand äußern.<sup>204</sup> Abweichend von § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG und § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG setzt § 6 Abs. 2 AsylbLG bei diesem Personenkreis nicht voraus, dass die Leistungen zur Behandlung akuter Erkrankungen oder von Schmerzzuständen erforderlich bzw. zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich sind. Der Leistungsumfang entspricht bei einer medizinisch indizierten und auf die besonderen Bedürfnisse der Personen zurückzuführenden Behandlung daher **grundsätzlich dem sozialhilferechtlichen Niveau nach § 48 SGB XII**, für den vom Gesetzgeber vorgesehenen Hauptanwendungsfall der psychotherapeutischen Behandlung nach § 48 Satz 1 SGB XII i.V.m. § 28 Abs. 3 SGB V.<sup>205</sup>
- 110** Neben medizinischen Leistungen soll auch **sonstige Hilfe** (z.B. Hilfsmittel) gewährt werden, soweit diese erforderlich ist. Bloß zweckmäßige oder nützliche Hilfe ist nicht umfasst.<sup>206</sup> Entscheidend sind stets die konkreten Umstände des Einzelfalls.

## 2. Ermessensentscheidung der Leistungsbehörde

- 111** Seit Berichtigung des Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze vom 30.09.2010<sup>207</sup> (vgl. hierzu Rn. 3) sind die erforderlichen medizinischen oder sonstigen Hilfen als **Pflichtleistung** zu erbringen. Auch in atypischen, besonders gelagerten Fällen steht es nicht im Ermessen der Behörde, ggf. von einer Hilfestellung abzugehen.

<sup>202</sup> ABI. EU Nr. L 212 S. 12.

<sup>203</sup> Vgl. *Decker* in: Oestreicher, SGB XII/SGB II, § 6 AsylbLG Rn. 17.

<sup>204</sup> Vgl. BT-Drs. 15/4173, S. 28.

<sup>205</sup> *Follmann* in: jurisPK-SGB V, § 28 Rn. 69 ff.

<sup>206</sup> *Decker* in: Oestreicher, SGB XII/SGB II, § 6 AsylbLG Rn. 19.

<sup>207</sup> BGBl I 2010, 1358.

- 112 Für das Auswahlermessen gilt jedoch wegen der Systematik des § 6 AsylbLG, nach der § 6 Abs. 2 AsylbLG eine privilegierte Versorgung gegenüber § 6 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG eröffnet, der **Vorrang der Sachleistungsgewährung nach § 6 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG** (vgl. Rn. 20).<sup>208</sup>

## VI. Rechtstatsachen

- 113 Eine sehr **detaillierte Darstellung der Leistungsgewährung in der Praxis**, insbesondere aufgeschlüsselt nach der Leistungsgewährung nach den §§ 3, 4 und 6 AsylbLG, erfolgte seitens der Bundesregierung im April 2008 (Stand: 31.12.2006).<sup>209</sup> Danach entfielen Ende 2006 auf die Gesamtbruttoausgaben von 1,165 Mrd. Euro ein Anteil von 22,1 Mio. Euro auf die Bewilligung von sonstigen Leistungen nach § 6 AsylbLG (1,9%). Die Ausgaben verringerten sich bis zum Berichtsjahr 2009 auf ca. 20 Mio. € (Anteil am Gesamtausgabenvolumen von 2,5%).<sup>210</sup>

## C. Praxishinweise

- 114 Die Leistungsbewilligung nach § 6 AsylbLG setzt stets eine umfassende **Prüfung der konkreten Umstände des Einzelfalls** voraus, ob über die bewilligten Leistungen nach den §§ 3, 4 AsylbLG hinaus ergänzende Leistungen erbracht werden können. Auch unter Heranziehung der landesrechtlichen Verwaltungsvorschriften, in denen mögliche Leistungsfälle kasuistisch zusammengefasst sind, hat die Leistungsbehörde **alle relevanten Aspekte des Einzelfalls von Amts wegen zu ermitteln**. Dies gilt insbesondere für eine über den Leistungsanspruch nach § 4 Abs. 1 AsylbLG hinausgehende medizinische Versorgung bei Vorliegen chronischer Erkrankungen (vgl. hierzu Rn. 62 ff.). Zur Beurteilung, ob Leistungsberechtigte mit besonderen Bedürfnissen i.S.d. § 6 Abs. 2 AsylbLG oder i.S.d. Art. 15 Abs. 2, 17 EGRL 2003/9 bzw. Art. 7, 9 Abs. 2 EGRL 2004/81 eine weitergehende Versorgung beanspruchen können, kann der Vortrag der Betroffenen im Asylverfahren oder gegenüber der Ausländerbehörde herangezogen werden. Auch zur Prüfung von bestehenden Mitwirkungspflichten im ausländerrechtlichen Verfahren und eines möglichen Leistungsanspruchs nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 4 AsylbLG sind ggf. die **Verwaltungsvorgänge des Bundesamts und/oder der Ausländerbehörde** beizuziehen.
- 115 Auf Seiten des Leistungsberechtigten empfiehlt sich eine möglichst **genaue Dokumentation des (konkreten) Bedarfs**, der durch die Leistungen nach den §§ 3, 4 AsylbLG zu decken ist, und des wegen der atypischen Bedarfslage höheren Hilfebedarfs. Die Durchsetzung eines weitergehenden Leistungsanspruchs nach § 6 AsylbLG kann an der unzureichenden Darlegung bzw. Glaubhaftmachung im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren scheitern.<sup>211</sup> Werden zusätzliche Leistungen zur medizinischen Versorgung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 AsylbLG geltend gemacht, sollte bei behandelnden Ärzten auf eine möglichst **genaue Dokumentation des Krankheitszustands** hingewirkt werden.

<sup>208</sup> A.A.: *Herbst* in: Mergler/Zink, SGB XII/AsylbLG, § 6 AsylbLG Rn. 45.

<sup>209</sup> BT-Drs. 16/9018, S. 5, S. 33 ff.

<sup>210</sup> Vgl. BT-Drs. 17/3660, Anhang.

<sup>211</sup> Vgl. OVG Bremen v. 25.09.2009 - S 3 A 272/07 - juris Rn. 27.

## D. Reformbestrebungen

- 116** Mit der Verpflichtung des Gesetzgebers, das menschenwürdige Existenzminimum nach dem AsylbLG neu zu regeln,<sup>212</sup> stellt sich auch die Frage einer **Anpassung des § 6 Abs. 1 AsylbLG an das (neue) Leistungsniveau nach § 3 AsylbLG.**<sup>213</sup> Der erste Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG<sup>214</sup> hat insoweit – ohne Änderung des § 6 AsylbLG – eine 1:1-Umsetzung der Übergangsregelung des BVerfG vorgesehen. Allein die Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen auch Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 3 AsylbLG offen stehen.<sup>215</sup> Soweit sich die gesetzliche Neuregelung an den Leistungssätzen des Regelbedarfsermittlungsgesetzes orientiert, bietet sich – nicht zuletzt aus systematischen Erwägungen – eine Harmonisierung der Auffang- und Öffnungsklausel des § 6 AsylbLG mit den **Parallelvorschriften des SGB II und des SGB XII** (vgl. Rn. 7 f.) an. Dies gilt insbesondere für die Fragen der einheitlichen Deckung von Mehrbedarfen (§ 21 SGB II, § 30 SGB XII) und (atypischen) Bedarfen etwa durch einmalige Beihilfen (vgl. § 21 Abs. 6 SGB II, § 73 SGB XII) oder eine Erhöhung des Regelsatzes (§ 27a Abs. 4 Satz 1 SGB XII). Auch könnte eine Rechtsgrundlage für die Gewährung eines Darlehens (§ 37 SGB XII) in das AsylbLG aufgenommen werden. Nicht zuletzt sollten Ansprüche bei für den Personenkreis des AsylbLG typischen Bedarfslagen gesetzlich konkretisiert werden (z.B. Beihilfen für die Passbeschaffung).
- 117** Reformbedarf besteht auch wegen der noch unzureichend umgesetzten **Vorgaben aus Unionsrecht** (vgl. ausführlich Rn. 23 ff.). Die Umsetzung der sozialen Mindeststandards nach den Art. 15 Abs. 2, 17, 18-20 EGRL 2003/9 und Art. 7, 9 EGRL 2004/81 ist seit Einführung des § 6 Abs. 2 AsylbLG zum 18.03.2005 nicht weiter verfolgt worden. Mit den Neufassungen der Richtlinie Aufnahmebedingungen (EURL 2013/33) und der Verfahrensrichtlinie (EURL 2013/32) und der neuen Menschenhandelsrichtlinie (EURL 2011/36) wird der Gesetzgeber nicht umhin kommen, das Leistungsrecht des AsylbLG und insbesondere § 6 AsylbLG unionsrechtskonform auszugestalten und insbesondere ein Anerkennungs- bzw. Screeningverfahren zur Beurteilung von Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen (vgl. Rn. 30 f.) einzuführen. Die Umsetzungsfristen enden am 20.07.2015.

<sup>212</sup> BVerfG v. 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - juris (Tenor zu 2).

<sup>213</sup> Vgl. auch die Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom 04.01.2013 zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, S. 7, abrufbar unter: [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BV\\_StN\\_AsyblLG\\_BMAS.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BV_StN_AsyblLG_BMAS.pdf) (zuletzt abgerufen am 24.04.2014).

<sup>214</sup> Abrufbar unter [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BMAS\\_Entwurf\\_AsyblLG\\_041212.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/BMAS_Entwurf_AsyblLG_041212.pdf) (zuletzt abgerufen am 24.04.2014).

<sup>215</sup> Art. 1 Ziff. 2 Buchstabe b des Referentenentwurfs.